

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M., im Voraus zahlbar, Postbezug 4,20 M., einschließlich 60 Pf. Postzeitung, 2- und 7 Pf. Postbefreiungsgeldern, Auslandsabonnement 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, am Sonntag und Montag einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Soll und Sein“ und „Kinderfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lachzeit“, „Bild in die Bürgerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampagne der „Kleinen Anzeigen“ des Reichsanzeigers wird durch die „Kleinen Anzeigen“ des Reichsanzeigers (jeweils zwei Seiten) ersetzt, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellengeld das erste Wort 12 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Tages-Anzeige im Hauptgeschäftsbereich 2. wöchentlich von 8 bis 12 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Föndel 229-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postbedkonto: Berlin 57556 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Volksr. 66 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 8

Die große Koalition gescheitert.

Erklärung des Reichskanzlers.

Amlich wird mitgeteilt:
Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers die in Aussicht genommene zweite Besprechung mit den Fraktionsführern der gegenwärtig in der Reichsregierung vertretenen Parteien über die Schaffung fester Regierungsverhältnisse statt. An dieser Besprechung nahmen auch die Vertreter des Zentrums, Abg. Dr. Siegerwald und Abg. Esser, teil.

Der Reichskanzler unterbreitete den Vertretern der fünf Fraktionen nachstehenden Entwurf zur gemeinsamen Beschlußfassung:

1. Die fünf Fraktionen des Reichstags (Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum, Deutsche und Bayer. Volkspartei) unterstützen die Regierung der Großen Koalition.

2. Sie gehen dadurch koalitionsmäßig die Verpflichtung ein, der Reichsregierung mit allen Kräften zu helfen, die gegenwärtig schwebenden bedeutsamen politischen Aufgaben in gemeinschaftlicher Arbeit zu lösen. Die koalitionsmäßige Bindung bedeutet nicht ein Festlegen der einzelnen Fraktionen auf Geheißentworte in ihrer gegenwärtigen Gestalt. Vielmehr hat jede der fünf Fraktionen das Recht, ihre etwa abweichende politische Auffassung im Rahmen der gemeinschaftlichen Koalitionsarbeit zur Geltung zu bringen mit dem Ziel, daß dieser Versuch zu einer Einigung führt.

3. Um das in Ziffer 2 umschriebene Ziel zu erreichen, werden zwei Ausschüsse gebildet, einer für allgemeine politische Fragen und ein anderer für die zurzeit im Vordergrund stehenden Fragen des Reichshaushalts und der Steuerpolitik.

4. Der erste Ausschuss tritt zusammen, sobald der Reichskanzler oder einer der Reichsminister oder eine der beteiligten Fraktionen dies wünscht. Die fünf Fraktionen werden einer solchen Einladung entsprechen.

Der zweite Ausschuss zur Beratung der Frage des Reichshaushalts und der Gestaltung der Steuern tritt unter dem Vorsitz des Herrn Reichsministers der Finanzen sofort zusammen. Den fünf Fraktionen bleibt es unbenommen, sich in diesem Ausschuss neben den Fraktionsvorsitzenden durch Abgeordnete mit besonderer Sachkenntnis auf finanz- und wirtschaftspolitischen Gebieten vertreten zu lassen. Diesem Ausschuss liegt die Aufgabe ob,

den Reichshaushaltspfen für das Rechnungsjahr 1929 für die Abstimmungen im Reichstag entscheidungsfähig zu machen.

Die fünf Fraktionen sind einig in dem Bestreben, den Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1929 so sparsam als möglich zu gestalten und werden zu diesem Zwecke durch Abstriche neue Steuern nach Möglichkeit zu vermeiden suchen. Diesem Ausschuss werden auch die Vorschläge des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei zur Prüfung überwiesen.

5. Die fünf Fraktionen sind sich darin einig, daß im Laufe des März jedenfalls der Nachtragshaushalt 1928 und ein Etatentwurf für die ersten Monate des Etatsjahres 1929 erledigt werden müssen. Ebenso soll nach Erledigung des Reichshaushaltsplanes 1929 durch den Reichsrat noch die erste Lesung dieses Haushaltsplanes im März im Reichstag stattfinden, damit den unter Ziffer 4 Absatz 2 erwähnten Ausschußberatungen die verhandlungstechnische Basis gegeben wird.

In der sich anschließenden Aussprache erklärten die Vertreter des Zentrums, daß ihre Fraktion voraussichtlich bereit sein werde, auf dieser Grundlage wieder in die Regierung einzutreten. Dagegen erklärte der Abg. Dr. Scholz, daß die Deutsche Volkspartei zwar mit den in Ziffer 3 bis 5 dargestellten Zielen einverstanden sei, daß gegen vor völliger Klärung der Etat- und Steuerfragen eine irgendwie geartete festere Bindung der Regierung im Sinne der Ziffern 1 und 2 nicht zugestehen könne.

Nach dieser Erklärung mußte der Reichskanzler am Schlusse der Aussprache feststellen, daß der Versuch zur Schaffung der Großen Koalition im Reich als zurzeit als gescheitert anzusehen sei und er nun weitere Schritte nach dieser Richtung nicht mehr unternehmen werde. Die Reichsregierung werde wie bisher gegenüber Anträgen der Parteien, die sie nicht beantworten könnte, ihre ablehnende Haltung auf alle Konsequenzen hin klar zum Ausdruck bringen.

Der Reichskanzler wird dem Herrn Reichspräsidenten über den Ausgang der Verhandlungen Bericht erstatten.

Bemerkenswerte Vorschläge des Zentrums.

Wir haben bereits wiederholt darauf hingewiesen, daß der Etatvorschlag der Deutschen Volkspartei zwar das Verlangen nach Ersparnissen enthält, daß es der Volkspartei aber nicht ganz wohl bei dieser Absicht ist. Auch in den am Donnerstag geführten Verhandlungen beim Reichskanzler sind die Vertreter der Volkspartei die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wie sie sich denn Ersparnisse in Höhe von 200 Millionen denken.

Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich für alle möglichen Ersparnisse, die nicht auf Kosten der breiten Massen des Volkes gehen. Sie hält nach wie vor die militärischen Ausgaben für viel zu hoch und eine Ermäßigung durchaus für möglich. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich auch kein unbedingter Freund von Steuererhöhungen. Sie kommen nur in Betracht, soweit sie zur Ausbalancierung des Etats unbedingt erforderlich sind. Die Sozialdemokratie hält auch die Vorschläge der Reichsregierung nicht für der Weisheit letzten Schluß. Sie ist durchaus bereit, über eine Abänderung dieser Vorschläge zu reden, insbesondere soweit eine Milderung derjenigen Lasten in Frage kommt, die sich volkswirtschaftlich und sozialpolitisch als besonders drückend erweisen.

Angeichts des Scheiterns der Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei sind Vorschläge überaus bemerkenswert, die von der Reichstagsfraktion des Zentrums in der „Germania“ veröffentlicht werden. Der wichtigste Punkt ist:

„Notwendigkeit von erheblichen Streichungen an den vorgeschlagenen Ausgaben, auch beim Wehretat.“

In diesen Vorschlägen werden weiter Bedenken gegen diejenigen Maßnahmen erhoben, die zwangsläufig zu einer Erhöhung der Realsteuern führen. Es wird finanzielle Sicherung des Wohnungsbaues verlangt, vor allem dadurch, daß nicht Gelder öffentlicher Institute, die sonst für erste Hypotheken zur Verfügung stehen, reiflos zur Deckung von öffentlichen Ausgaben verwendet werden. Auch die Reform und Senkung der landwirtschaftlichen Besteuerung wird erwähnt. Zwei weitere Vorschläge dürften nicht unbeträchtliche Mehrausgaben für das Reich zur Folge haben, nämlich die Entlastung der Knappschicht durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln und die Sicherung der finanziellen Lage der Arbeitslosenversicherung.

Aus der kurzen, andeutungsreichen Wiedergabe der Absichten der Zentrumsfraktion zum Reichstag läßt sich im Augenblick die politische und finanzielle Tragweite der Vorschläge nicht vollständig überblicken. Immerhin machen die Vorschläge doch den Eindruck, als wenn sie dem Ernst der Finanzsituation Deutschlands Rechnung tragen wollen, ohne dabei die sozialen Interessen der unteren Volksschichten zu gefährden. Im Gegenteil wird man annehmen können, daß die Vorschläge für die Knappschichtversicherung und die Arbeitslosenversicherung von sozialen Erwägungen geleitet sind.

Erklärung der Demokraten.

Die demokratische Reichstagsfraktion erklärt eine Erklärung, in der sie sagt, daß sie seit den Neuwahlen auf eine schnelle Bildung einer aktionsfähigen Regierung hingewirkt hat. Sie war auch im Einverständnis mit Koch-Beser bereit, das Justizministerium zu diesem Zweck einer anderen Partei zu überlassen, obwohl sich Koch in seinem Amte beharrt hat. Trotzdem haben die monatelangen Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt, weil sich die Parteien über ihre hartnäckig festgehaltenen Ansprüche nicht verständigen konnten. Die Erklärung weist auf den großen Schaden hin, der dadurch entstanden ist. Sie fordert im Geiste der Weimarer Verfassung für den Reichskanzler das Recht, sich seine Mitarbeiter selbst auszuwählen, von den Parteien aber verlangt sie Abkehr vom Fraktionsegoismus und Schaffung einer Regierung mit fester Autorität.

In gleicher Richtung bewegt sich ein offener Brief, den der Reichsminister a. D. Kälz an den Reichskanzler gerichtet hat.

Nach Trozki Bucharin.

Ausschlußverfahren gegen ihn eingeleitet.

Das Organ der Brandstifter „Gegen den Strom“ teilt mit: Nach uns zugegangenen Nachrichten bestätigt sich, daß Bucharin endgültig aus der Redaktion der „Pravda“ und der Leitung der Komintern ausgeschloffen worden ist. In der Komintern wird er ersetzt durch Molotow, die rechte Hand Stalins, in der Redaktion der „Pravda“ durch Sinowjew.

Gleichzeitig wird in der „Inprekorr“ eine Kampagne gegen die von Bucharin in seiner Gedächtnisrede zum Tode Lenins vertretenen Auffassungen eröffnet (noch ohne Bucharin zu nennen).

Wie wir noch hören, soll ein Ausschlußverfahren gegen Bucharin in Gang sein. Bucharin läßt einen Brief Stalins an ihn zitieren, worin Stalin sagt, sie beide, Stalin und Bucharin, seien der Himalaya, die anderen Mitglieder des Pol.-Bureaus nichts. Stalin seinerseits läßt eine Unterredung zwischen Bucharin und Kamenew zitieren, die sich in nicht sehr schmeichelhaften Ausdrücken über Stalin ergeht.

Das kann die Volkspartei! In der Regierung — aber gegen die Regierung!

Die Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition im Reich gestern, wie der nebenstehende Bericht zeigt, von der Volkspartei geiprengt worden. Der Reichskanzler wird, wie aus seiner Erklärung hervorgeht, keine überaus geduldigen Bemühungen, diese Partei für eine fraktionelle Bindung an die Regierung zu gewinnen, nicht weiter fortsetzen. Er wird am 13. März vor den Reichstag treten und ihm den Haushaltsvorschlag für 1929 vorlegen. Das bedeutet eine Aufforderung zur sachlichen Arbeit.

Falls nicht bis zum 13. März noch irgendeine Wendung eintritt — die in der Richtung zu einer Bindung der Volkspartei nicht mehr gesucht werden kann — wird sich ein eigentümlicher Zustand ergeben. Die Regierung Müller-Stresemann-Curtius wird einen Etat vertreten, der von der Fraktion Stresemann-Curtius bekräftigt wird!

Man wird den beiden volksparteilichen Ministern ein Bedauern über ihre Situation, die durch das Verhalten ihrer Fraktion herbeigeführt ist, nicht verlagern dürfen. In der sehr abwechslungsreichen Geschichte des deutschen Parlamentarismus ist dieser Fall denn doch noch nicht vorgekommen. Eine Fraktion bekämpft einen Etat, der von ihren Ministern mitgebracht ist! Sie verweigert überhaupt und ganz allgemein der Regierung, in der sie durch ihren Führer vertreten ist, die Unterstützung!

Im Reichstag hat sie auf der Beratung ihrer verfassungsrechtlichen Anträge bestanden, von denen sie weiß, daß sie für die Sozialdemokratie unannehmbar sind und daß sie überhaupt keine Aussicht auf Erfolg haben, da die für sie erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht aufzutreiben ist. Die Debatte blieb trotzdem nicht ohne Wert, weil sie einmal eine ausgezeichnete Rede Landsberg brachte, dann aber den scharfen Gegensatz zwischen dem Zentrum und den Demokraten einerseits und der Volkspartei andererseits deutlich in Erscheinung treten ließ.

Von jenen beiden Parteien ist die eine, die demokratische, mit den beiden Volksparteilern in der Regierung. So war das Duell Japf-Haas ein Duell — zwar nicht zwischen zwei Koalitionsparteien wohl aber zwischen zwei Parteien, die beide in der Regierung vertreten sind. Was aber das Zentrum betrifft, so weiß die Volkspartei ebensogut wie wir, daß ohne oder gar gegen diese Partei sachliche Arbeit im Reichstag kaum zu leisten ist. Mit Spannung verfolgte daher das Haus die in kurzer Rede und Gegenrede ausgetragene Polemik zwischen Japf und Wirth, bei der, wie man selbst in der Volkspartei bemerkt haben wird, Herr Japf durchaus keine glückliche Figur machte. Das liegt nicht so sehr an der geringen Schlagfertigkeit des Herrn Japf wie an der unumgänglichen Situation, in die sich die volksparteiliche Fraktion hineinmanövriert hat.

Auch das Zentrum hat bisher sehr unglücklich operiert. Bei der Bildung der Regierung wurden ihm drei Ministerstühle auf dem Präsentierteller entgegengebracht, es nahm sie nicht, weil es mit seinen Wünschen bezüglich der zu besetzenden Ressorts nicht ganz durchdrang. Es entschloß sich daher, nur einen „Horchposten“ in der Regierung zu belegen durch Herrn v. Guérard, der zwei Portefeuilles zugleich zu betreuen hatte. Später wollte es wieder die drei Ministerstühle, die es bei den ersten Verhandlungen ausgeschlagen hatte und zog, da die Volkspartei Schwierigkeiten machte, die sich nicht so ohne weiteres überwinden ließen, auch Herrn v. Guérard zurück. Daraufhin machte sich die Zentrumspresse das Vergnügen, einen „liberal-sozialistischen Bloß“ zu konstruieren, der in Wirklichkeit gar nicht bestand. Gegen diesen „liberal-sozialistischen Bloß“ führte das Zentrum im Reich einen kleinen Guerillakrieg. Anzulange wird sich dieser Krieg freilich nicht fortführen lassen, wenn nicht das Zentrum die Verantwortung für den Sturz der Reichsregierung übernehmen will. Dazu aber scheint es doch keine Lust zu haben — begreiflicherweise, weil niemand weiß, was an die Stelle dieser Regierung gesetzt werden kann.

Auf alle Fälle muß am 13. März die sachliche Arbeit beginnen. Da es sich um den Haushaltsplan handelt, wird die Führung in den Händen Hermann Müllers und Hilferdings liegen. Es muß der Versuch gemacht werden, im Plenum und im Haushaltsausschuß durchzusetzen, was bei den langwierigen Verhandlungen hinter den Kulissen nicht erreicht und nicht gesichert werden konnte: die Verabschiedung eines Reichshaushalts ohne Defizit innerhalb einer möglichst kurzen Zeit. Soll das durchgesetzt werden, so wird die Reichsregierung öfter als einmal genötigt sein, Forderungen an den Reichstag zu stellen, mit denen sie steht und fällt. Und dann müssen die Parteien wissen, was sie zu tun haben! Die Regierung zu stürzen und eine neue an ihre Stelle zu setzen, ist ihr gutes Recht. Aber sie müssen wissen, daß sie für das, was sie tun, vor dem Volke die Verantwortung tragen. Die Regierung zu stürzen, ohne zu wissen, was an ihre Stelle gesetzt werden kann, wäre angesichts der in Paris schwebenden Verhandlungen geradezu ein Verbrechen. Nicht gemindert,

sondern vermehrt würde die Schuld der Parteien, wenn sie den Sturz der Regierung statt durch eine offene Aktion durch Sabotage und Schikanen herbeiführen wollten.

Die Reichsregierung wird in ihrem Kampf um den Reichsrat nicht durch „faktionale Bindungen“ gesichert sein. Aber vielleicht wird sich herausstellen, daß ihre Position ohne diese Bindungen keineswegs schlechter ist als mit ihnen. Bindungen haben nur dann einen Sinn, wenn sie von allen Seiten mit voller Loyalität eingegangen werden. Eine Regierung, die sich auf nichts anderes verläßt, als auf die Notwendigkeit ihrer Fortexistenz und ihre vor der breitesten Öffentlichkeit vorgetragenen Gründe, kann stärker sein als eine, die sich auf trügerische Bindungen verläßt.

Auch die Stellung der Sozialdemokratischen Partei in der nun beginnenden politischen Entwicklung ist nicht ungünstig. Daß ein sozialdemokratischer Kanzler und ein sozialdemokratischer Finanzminister ohne sozialdemokratische Mehrheit keinen sozialdemokratischen Charakter machen können, wird man im Volke draußen sehr gut verstehen. Weniger aber wird man es verstehen, wenn sich herausstellen sollte, daß alle durch die Kraftverhältnisse im Reichstag bedingte Rücksichtnahme auf die bürgerlichen Mittelparteien nutzlos bleibt. Den Schaden würden dann die schuldigen Parteien tragen. Das würden sie gewiß bemerken nach einer Reichstagsauflösung, über die schon soviel gesprochen wird.

Vertagung des Reichstags.

Nächste Sitzung am 13. März.

Der Reichstag hat gestern die Anträge der Volkspartei zur Veränderung der Verfassung dem Rechtsausschuß überwiesen. Im Laufe der Debatte, in deren Mittelpunkt eine Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg stand, trat klar hervor, daß diese Anträge eine große Mehrheit gegen sich haben.

Der Reichstag vertagte sich dann bis zum 13. März.

Stahlhelm und Beamtenum.

Die Stellungnahme der republikanischen Beamten.

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat dieser Tage zu der infolge der Stahlhelmpropaganda wieder viel diskutierten Frage der Haltung der Beamten gegenüber dem republikanischen Staat Stellung genommen. Entsprechend der stets bekundeten Ueberzeugung des ADB, brachte er zum Ausdruck, daß sich die Pflichten der Beamten neben der besten Erfüllung der dienstlichen Obliegenheiten nicht erschöpfen in einer allgemeinen loyalen Haltung gegenüber dem Staat als solchem, sondern daß sie darüber hinaus die Forderung innerer Hingabe an die republikanischen und demokratischen Übergründungen des Staates sowie die Aufgabe einschließen, mit allen Kräften für die Verwirklichung des republikanischen und sozialen Inhalts der Verfassung und für die Festigung der Republik zu arbeiten. Innerliche Begegnung gegen den republikanischen Staatsgedanken, Haß gegen den republikanischen Staat, gegen seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen, Teilnahme an Bestrebungen, die gegen den Bestand der Republik gerichtet sind, Zugehörigkeit zu Organisationen, die die Befestigung der republikanisch-demokratischen Staatsgründungen erschweren und sich in Verleumdung und Verächtlichmachung der Republik und der republikanischen Staatsmänner ergehen, erachtet der Bundesvorstand des ADB als nicht vereinbar mit der Stellung und den Aufgaben eines Beamten der Republik und mit dem von dem Beamten geleisteten Dienst.

Der Bundesvorstand wiederholte die mehrfach vom ADB zum Ausdruck gebrachte Forderung einer Reform der Verwaltung auch in persönlicher Hinsicht und der Republikanisierung des Beamtenkörpers. Er begrüßte daher die vom Reichsminister des Innern und vom preussischen Ministerpräsidenten bekundete Stellungnahme zu diesen Fragen.

Bayrisches, allzu bayrisches.

Und eine Reichstagsinterpellation.

Herr Held, der bayrische Ministerpräsident, will wegen der Betriebsunfälle, die er in den letzten Wochen erlitten hat, den bayrischen Befanden in Berlin, Herrn von Preger, in die Wüste schicken. Als Sünder. Also der Preger ist schuld. Er ist dem geborenen Helfen Held nicht bayrisch-partikularistisch genug. Zu Ostern ist es aus mit ihm.

Wer wird sein Nachfolger, wer ist der Mann, der restlos alle weißblauen Ansprüche befriedigt? Denkt Herr Held an Herrn Rahr? Der dürfte wohlrecht weißblau sein — aber ob auch energisch? Oder will er Herrn Schmelze, den Mann mit den höchsten Umhangsformen nach Berlin schicken? Wir sind jedenfalls gespannt, den starken Mann aus München, sozusagen den bayrischen Bösen tennenzulernen.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat ob der Chicagoer Extratour des Herrn Held eine Interpellation im Reichstag eingebracht. Alles, was darin über das Benehmen Helde gesagt wird, ist richtig. Aber was es nötig, den in regelmäßigen Zeitabständen wiederkehrenden Bemühungen des bayrischen Regierungschefs, in die Weltgeschichte einzugehen, diese Bedeutung beizulegen?

Expertenanschlüsse stecken geblieben.

Pariser Presse ungeduldig.

Paris, 1. März. (Eigenbericht.)

Die Sachverständigenkonferenz setzte am Donnerstag ihre Beratungen technischer Einzelfragen in den Unterausschüssen fort, wobei nicht zu leugnen ist, daß die Beratung der Hauptfragen seit einigen Tagen nicht mehr vom Fiede kommt. Immer noch will keine der Delegationen in den entscheidenden Dingen mit der Sprache heraus. Die Ungeduld wächst daher in der französischen Öffentlichkeit, und das Mißvergnügen der Pariser Presse kehrt sich insbesondere gegen die deutsche Delegation und Dr. Schacht. So schreibt das „Echo de Paris“, Dr. Schacht jögere die entscheidende Diskussion immer wieder hinaus und trage stets die gleichen Argumente vor, die von den allierten Delegierten längst widerlegt seien.

Ein Komploit in Havana zur Ermordung des Präsidenten der Republik Ruda und zur Weigerung des Heeres will die Polizei entdeckt haben; 50 Verhaftungen.

Zoben in Belgien und Holland.

Belgische und niederländische Sozialdemokratie machen gemeinsam Front gegen Nationalistenhege.

Brüssel, 1. März. (Eigenbericht.)

Die chauvinistischen Instinkte in Holland und Belgien haben mindestens 10 Jahre keine solchen Orgien gefeiert wie jetzt nach der Veröffentlichung des belgisch-französischen Geheimvertrages. Fast die ganze holländische Presse, eine Ausnahme bildet das Amsterdamer sozialdemokratische Parteiorgan „Het Volk“, halten trotz der Dementis der belgischen Regierung und der Erklärungen in der belgischen Kammer und im englischen Unterhaus die Echtheit des Dokumentes aufrecht, indem sie nachzuweisen suchen, daß die Ablehnung in diesem oder jenem Punkte Lücken aufweise. Auf diese Haltung reagierten fast alle belgischen Zeitungen in überaus aufgeregtem Tone.

Die „Gazette“ bedeutet, daß Belgien nicht einen Russen in an der Spitze hat, der kurzerhand in Holland einmarschieren und mehrere Provinzen annektieren würde. Auch andere Brüsseler Blätter behen in müster Weise und stoßen Drohungen gegen Holland aus. Selbst die gemäßigten Organe verlangen, daß das belgische Kronprinzenpaar, das sich augenblicklich auf einer Reise in Hollandisch-Indien befindet, dieses Land sofort verläßt. Die holländische Regierung wird in scharfem Ton aufgefordert, zu erklären, ob sie den belgischen Dementis Glauben schenke oder nicht. Die Nachricht, daß auch der deutsche Gesandte in Brüssel um Aufklärung gebeten hat, bringt die „nationale“ Presse vollends aus dem Häuschen und wird von ihr als Beweis dafür betrachtet, daß es sich um ein von langer Hand vorbereitetes deutsch-holländisches Manöver handelt. Der „Peuple“ stellt diese chauvinistische Hege an den Pranger. Um reinen Tisch zu schaffen, fordert er die belgische und holländische Sozialdemokratie auf, gemeinsam den Ursprung der Fälschung zu erforschen. Zwischen der belgischen und der holländischen Sozialistischen Partei herrscht das beste Einvernehmen. Beide sind sich darüber einig, daß es sich um eine Fälschung handelt. Ebenso geben sich aber die sozialistischen Parteien der beiden Länder Rechenschaft von den Gefahren ab, die alle geheimen Abkommen für den Frieden bringen können.

Am Sonntag findet in Amsterdam eine große sozialistische Demonstration statt, in deren Verlauf auch der

Führer der belgischen Sozialisten Camille Huysmans sprechen wird. Einige Tage später ist in Antwerpen eine ähnliche Kundgebung geplant, an der mehrere holländische Sozialistenführer teilnehmen werden. So arbeiten die beiden sozialistischen Parteien praktisch für die Beruhigung der Völker und für den Frieden.

Der jetzt vom „Unrecht Tagblatt“ mit den Unterschriften der französischen und belgischen Generale, sowie des belgischen Kriegsministers Broqueville veröffentlichte eingehende und vollständige Text der Auslegung des Geheimvertrages wird in Brüssel

amtlich als in allen Punkten gefälscht

erklärt. Jetzt erfährt man übrigens, daß das Schriftstück schon am 10. Februar einem holländischen Minister zum Kauf angeboten wurde und daß dieser der belgischen Regierung sofort davon Mitteilung machte. Das spricht für ein loyales Verhalten der holländischen Regierung.

Auch „Het Volk“ deckt die Fälschung auf.

Amsterdam, 1. März. (Eigenbericht.)

Auf Grund der ergänzenden Mitteilungen des „Unrecht Tageblattes“ über das Militärabkommen schreibt „Het Volk“, daß die erste Veröffentlichung eine abscheuliche und verbrecherische Fälschung des ursprünglichen Textes war. In der ersten Veröffentlichung werde von einer Schändung der niederländischen Neutralität mit englischer Hilfe, in der zweiten Veröffentlichung von der Strafexpedition einer Völkerbundtruppenmacht bei Verletzung des Völkerbündungsvertrages gesprochen. Die sich auf die Niederlande beziehende Uebersetzung bilde nach dem Protokoll überhaupt keinen Teil des Vertrages, sondern sei eine Bemerkung eines französischen Generals gewesen, der der Chef des französischen Generalstabs sofort widerprochen habe.

„Het Volk“ bedauert, daß es nicht strafrechtlich möglich ist, gegen solche verurteilende internationale Aufhebung aufzutreten.

Wie sie sparen!

Der volksparteiliche Wirtschaftsminister fordert eine Million zugunsten reicher Unternehmen.

Am Freitag wurde an dieser Stelle dargelegt, wie die Volkspartei spart. Ein weiteres Beispiel dafür bot die Freitagssitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt. Sie wurde ausgefüllt durch die Beratung eines Antrags des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, der Haushaltsausschuß möge genehmigen, daß aus dem im Sachetat 24 des Reichswirtschaftsministerium für Unterstützung von Werken und Ausstellungen im In- und Ausland angeordneten Betrag von 2 Millionen vorweg 750 000 M. für die Ausstellung in Barcelona ausgegeben werden dürfen. Die Angelegenheit hat den Ausschuß schon einmal vor einigen Tagen beschäftigt.

Der Sachverhalt ist der folgende: Im Rechnungsjahr 1928 wurde vom Reichswirtschaftsministerium für die Beteiligung an der internationalen Ausstellung Barcelona eine halbe Million angefordert mit dem Bemerkten: für die Aufgaben des Reiches erscheine der angelegte Betrag angemessen und ausreichend. Der Referent für den Etat des Reichswirtschaftsministeriums, der volksparteiliche Abgeordnete von Raumer, erklärte damals, er stände dem Projekt recht skeptisch gegenüber. Und auf seinen Antrag wurden statt 500 000 nur 350 000 M. bewilligt.

Durch ein an den Vorsitzenden des Ausschusses gerichtetes Schreiben vom 13. Februar teilt das Reichswirtschaftsministerium nun mit,

die Gesamtkosten für die deutsche Beteiligung beliefen sich auf mehrere Millionen. Nach Einvernehmen mit dem Deutschen Generalkommissar habe die Reichsregierung für geboten, von diesem Betrag 1.1 Millionen zu übernehmen.

Der deutsche Generalkommissar, Dr. von Schnitzler, habe im Hinblick auf die notwendige Beschleunigung der Arbeiten die erforderlichen Aufträge bereits auf den Betrag von 1.1 Millionen abgeschlossen und den entsprechenden Vertrag mit dem Architekten geschlossen. Die Ausstellung werde schon am 15. Mai eröffnet; die Nachbewilligung müsse daher schleunigst erfolgen. Die Angelegenheit wurde in der vorigen Sitzung vom Vorsitzenden angehalten, der die Frage aufwarf, wozu der Haushaltsausschuß da sei, wenn er in solcher Weise in letzter Stunde vorfertige Tatsachen gestellt werde.

Da der Freitagssitzung suchte zunächst Abg. von Raumer seine vorjährigen Ausführungen zu demütigen und bot, die Frage weniger unter dem Gesichtspunkt einer Ausstellung als unter dem Gesichtspunkt unserer Beziehungen zu Spanien zu betrachten. Eine Zurückziehung unserer Beteiligung würde als schwere Unfreundlichkeit empfunden werden.

Abg. Helzig (Soz.) legte zunächst noch einmal den ganzen Sachverhalt dar und hob hervor, daß seiner Ansicht nach weniger die Pflege außenpolitischer Belange als das Verlangen der Industrie, Erfolg eines Teils ihrer Auslagen zu erhalten, die Vorlage habe entstehen lassen. Amüßlich sei das

Reich an der Ausstellung nicht beteiligt. In dem jetzt amtlich zugestellten Material heiße es: Da die Reichsregierung dem Wunsche Spaniens entsprechend sich entschloß, von einer amtlichen Beteiligung abzuweichen, wurde auf Vorschlag des Reiches der Weg der amtlich anerkannten privaten Beteiligung gewählt. Selbst bei der ganzen Ausstellung sei die I. G. Farbenindustrie. Die Deutsche Volkspartei stelle die Bedingung auf, daß der Haushalt ohne neue Steuern balanciert werden müsse.

Hier aber tue die Volkspartei das Gegenteil, unterfütze private Unternehmen, angeblich aus außenpolitischen Gründen, die uns immer, wie bei Mannesmann, Schichau und Emeka viel Geld kosten.

Seine Freunde seien der Meinung, es könne und müsse mit den bewilligten 350 000 M. sein Bewenden haben.

Der Demokrat Dr. Reinhold vertritt zwar auch den Wunsch, Spanien außenpolitisch entgegenzukommen, will aber noch einmal genau prüfen, ob ein Einigenkommen in dieser Höhe erfolgen müsse. Die ausstellenden Industrien seien jedenfalls auf Unterstützung nicht angewiesen.

Generalmrat Mithles beantwortete verschiedene an ihn gestellte Fragen dahin: Der Generalkommissar sei ein Vertrauensmann der Wirtschaft, aber von der eingeladenen Regierung der einladenden Regierung auch als Staatskommissar benannt. Die Beiträge, die der Generalkommissar abschließe, würden im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsstellen vorbereitet. Ihren Abschluß bedeute die eingeladene Regierung, Generalkommissar Dr. von Schnitzler betonte, er verurteile dem Reich nicht eine Reichsmark Kosten. Seine Industrie stelle ihn unentgeltlich zur Verfügung. Sie übernehme sogar 250 000 M. Untkosten, obwohl sie nur 8 Proz. der Ausstellungsfläche in Anspruch nehme. Die Wirtschaft bringe für die Ausstellung 2½ Millionen auf.

Abg. Erling (Ztr.) findet eine Ueberschreitung von 200 Proz. enorm und regt eine Beratung in einem Unterausschuß an.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes wies darauf hin, daß es sicher ungunstige Rückwirkungen auf spätere Handelsvertragsverhandlungen haben müßte, wenn man durch Verweigerung der angeforderten Mittel die deutsche Beteiligung an der Ausstellung in Frage stelle.

Demgegenüber betonte Abg. Helzig (Soz.), daß es gerade umgekehrt ungunstig auf die Pariser Verhandlungen wirken müsse, wenn hier so große Summen für blühende Industrien bewilligt würden. Die Industrie müsse eben mehr als zwei Drittel übernehmen.

Von der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten gingen Anträge auf Nachbewilligung von 150 000 M. ein.

Wegen Beginn des Plenars mußte die Beratung abgebrochen werden; sie wird heute, Sonnabend, in Anwesenheit der Reichsminister für die Finanzen und die Wirtschaft fortgesetzt.

Jungdo und Parlament.

Das nächstmal offizielle Wahlbeteiligung.

Die Führer des Jungdeutschen Ordens hatten gestern nachmittags eine Pressebesprechung veranstaltet. Der Hochmeister des Ordens, Kurt Wahren, sprach über eine „nationale Aktion“, die der Jungdeutsche Orden vorbereitet. Es gelang nicht, Klarheit zu gewinnen darüber, was darunter zu verstehen ist. Interessant war indessen ein Bekenntnis Wahrens gegenüber der Frage eines Diskussionsredners zur Stellung des Jungdeutschen Ordens zum Parlament. Der Führer des Jungdo sagte, daß „schon bei den nächsten Wahlen der Jungdeutsche Orden seine disziplinierten Anhänger sehr wohl für bestimmte Führer in Bewegung setzen könnte und vielleicht würde“. Das bedeutet

eine grundlegende Aenderung des bisherigen Standpunktes des Jungdo.

Das Reichsministerium der Justiz hat dem wegen angeblichen Landesverrats im Dezember 1927 verhafteten Otto Zelin aus Billigkeitsgründen eine Entschädigung für die unschuldig erlittene Untersuchungsbewilligt.

Der Haftentlassungsantrag Ulls abgelehnt. Der von der Beteiligung im Falle Ulls gestellte Haftentlassungsantrag gegen Raution ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Schwere der Unternehmung zu groß seien, als daß die Haftentlassung erfolgen könnte.

Das spanische Kabinett hat dem angeheirateten Kaffen des Ministerpräsidenten, Thomas Ibarra, wegen Verbreitung von Gerüchten, die auf die öffentliche Meinung schädlich wirken, eine Geldstrafe von 80 000 Peseten auferlegt.

Wilhelm Bode gestorben.

Nach mehrwöchiger Krankheit ist Wilhelm Bode gestern mittag in seiner Charlottenburger Villa gestorben.

Mit Wilhelm Bode ist die bedeutendste Persönlichkeit aus dem Kreise der Kunsthistoriker und Museumsleiter dahingegangen, die wir nicht nur in Deutschland kennen. Sein Ruf als Kenner und Schriftsteller war international und hatte überall, wo alte Kunst gesammelt wird, den besten Klang; und wenn ihn auch von eigentlicher Popularität das exklusive Wesen seines Berufes trennte, so bedeutete doch in ganz Deutschland, weit über die Fach- und Kunstkreise hinaus, dieser Name seit Jahrzehnten eine feste Größe, einen Typus, mit dem man sich auseinandersetzen mußte, und einen ganzen und charaktervollen Mann.

Wilhelm Bode wurde am 10. Dezember 1845 in Calbörde (Braunschweig) geboren, studierte erst Jura, dann in Berlin und Wien Archäologie und Kunstgeschichte. Nachdem er durch Reisen in Italien sein Studium vervollständigt hatte, wurde er 1872 als Assistent an den königlichen Museen in Berlin und als Leiter der Abteilung für christliche Plastik angestellt. 1880 wurde er Direktor dieser Abteilung, 1890 alleiniger Direktor der Gemäldegalerie. 1896 gründete er den Kaiser-Friedrich-Museumsverein. Am 18. Oktober 1904 konnte dann dank seiner rastlosen Arbeit das Kaiser-Friedrich-Museum eingeweiht werden, zu dessen finanzieller Unterstützung Bode die Finanzwelt geschickt heranzuziehen wußte. Am 1. Dezember 1905 wurde er zum Generaldirektor der königlichen Museen berufen. 1920 schied er aus diesem Amt aus, behielt aber die Leitung des Kaiser-Friedrich-Museums bei. Bodes schriftstellerische Arbeit umfaßt das Gebiet der Renaissance, sowohl der deutschen wie der italienischen und niederländischen.

Als Bode seine Museumsaufbahn begann, standen die Berliner Kunstsammlungen im Grunde noch an ihrem Anfangspunkt. Erst Bode hat sie zu ihrer Weltbedeutung erhoben und mit ungemeiner Energie und Organisationskraft und mit Hilfe seines enormen Wissens in die erste Reihe der Weltmuseen gestellt. Als er die Generaldirektion aller Museen übernahm, war seine Lebensaufgabe im wesentlichen vollendet, gipfelnd in der Gründung des Kaiser-Friedrich-Museums, dessen beispielloser Reichtum zum größten Teil sein Werk ist.

Doch die architektonische Durchführung dieser mächtigen und vielfältigen Sammlung keineswegs den musealen und künstlerischen Anforderungen entsprach, die Bode selber und mit ihm wir alle stellen mußten. liegt nicht an ihm, sondern an den unheiligen Zuständen des wilhelminischen Regimes. Ganz ähnlich hat auch bei Fortsetzung dieses Wertes, bei dem noch umfassenderen Plan des Deutschen Museums, ein unglücklicher Stern, will heißen: Bürokratenwillkür, die Absichten Bodes und des über seinem Wert gestorbenen Architekten Kessler so gekreuzt, daß Bode selber öffentlich Protest erheben und sich von ihm, wie von der Weiterführung des Kaiser-Friedrich-Museums, loslösen mußte, weil seine Absichten ins Gegenteil verkehrt wurden.

Als das wesentlichste Hilfsmittel bei Schaffung der Sammlungen hat Bode von Anfang an die Privatsammler herangezogen, die er mit allen Kräften und mit all seinen Kenntnissen überredete, beriet und immer wieder zu Stiftungen und Erbschaften für die Staatsmuseen anregte. Doch die Berliner Privatsammlungen sind durch seine Energie selbst über die vernichtenden Selten von Krieg und Inflation hinweggerettet haben (fastlich nicht ohne schwere Einbußen), bemies noch vor drei Jahren die letzte Ausstellung alter Kunst aus Berliner Besitz.

Das alles war natürlich nur möglich auf Grund einer sehr ausgedehnten Kenntnis alter Kunst. Bode galt mit Recht in der ganzen Welt als Kenner von höchstem Rang, sein Urteil war maßgebend und seine Autorität beinahe unbegrenzt. Seine Spezialgebiete waren italienische Renaissance, Rembrandt und die holländische Malerei des 17. Jahrhunderts. Man hat bis zu seinem 70. Geburtstag über 500 Schriften und Bücher gedruckt, die der Unermüdliche während seiner Tätigkeit als Museumsleiter und Generaldirektor geschaffen hat.

Doch mit so unbegrenzter schöpferischer Vitalität auch ein sehr aggressives Temperament verbunden war, hat Bode besonders in den letzten Jahrzehnten seines Lebens bewiesen. Irrtümer, die auch dem größten Menschen nicht erspart bleiben, vor allem seine wachsende Abneigung gegen die Kunst der Lebenden, zogen ihn in allerhand Polemiken, die er mit ungeheurer Nachdrücklichkeit zu führen und nicht immer zu gewinnen pflegte. Seine herzhaftesten Feinde fand er nicht bei den Größtten von Rembrandts oder Leonardos Kunst, sondern bei den Museumsdirektoren, die dem Schaffen der jüngeren Künstler Lebensrecht zubilligten. Dazu kamen dann in den letzten Jahren unerfreuliche Anlässe der preußischen Museumsverwaltung, die seinen Widerspruch mit Recht herausforderte.

Wer jemals unter ihm oder mit und auch wohl gegen ihn gearbeitet hat, wird das Bewußtsein von einem großen Menschen mit sich tragen, der naturgemäß irren und nicht überall das Maß halten konnte, da er Temperament für ein Duzend Mittelende besaß, der aber immer das Wesentliche und das Bedeutendste gewollt und fast immer auch durchgesetzt hat. Vor dem aufrechten Manne und vor dem großen Kenner und Organisator neigen wir uns alle. Wir werden immer heinesgleichen sehen. Dr. Paul F. Schmidt.

Pilsudski soll Namen nennen!

Ein Vorstoß der Linken gegen seine letzte Senatsrede.

Warschau, 1. März. (Eigenbericht.)

Die am Donnerstag gehaltene Rede Pilsudskis in der Senatskommission hat in polnischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Besonders die Erklärung, daß die bisherigen Kriegswirtschaftsmaßnahmen, die für ihre persönlichen Zwecke verwendet haben, hat sämtliche Parteien in Aufruhr versetzt.

In der Freitagsung des Sejm erklärte der sozialistische Abgeordnete Julawski im Namen der Linken, daß der Sejm keine andere Kontrolle besitze als die Rechnungsabläufe. Da weder die gegenwärtige Regierung noch die obere Kontrollkommission irgend etwas von Mißständen bei den bisherigen Budgets des Kriegswirtschafts erwähnten, so müsse er nunmehr den Sejmarschall um Aufklärung bitten. Das Parlament dürfe nicht erlauben, daß die Defraudanten von Staatsgeldern strafflos ausgingen. Es würde sich sonst selbst skandalisieren. Der Sejmarschall Julawski solidarisierte sich mit dieser Erklärung und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Pilsudski die Namen der Diebe nennen und sie zur Verantwortung ziehen würde. Das sei um so notwendiger, als es sich bei den bisherigen Kriegswirtschaftsministern nicht um Zivilpersonen, sondern um höhere Offiziere handelte. Die drei Linksparteien brachten eine in diesem Sinne gehaltene Interpellation ein. Die Rechtsparteien stellten einen ähnlichen Antrag.

Volksparteiliche Steuerpolitik.



Neue Steuern zur Deckung des Defizits kann die Wirtschaft nicht tragen — die Ausgaben müssen eingeschränkt werden.

Briand-Rede zum Kellogg-Pakt.

Frankreichs angebliche Vorkämpferrolle für Abrüstung.

Paris, 1. März. (Eigenbericht.)

Die Kammer setzte am Freitagnachmittag die Diskussion über den Kellogg-Pakt fort. Der sozialistische Abgeordnete Paul Faure, der, wie alle Redner der Linken, dafür eintrat, daß die durch den Kellogg-Pakt begonnene Friedensorganisation durch Annahme des Genfer Protokolls und durch die Ausdehnung einer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit ausgebaut werde, forderte weiter eine internationale Kontrolle der Waffenfabrikation. Faure kam auf die Rheinländeräumung zu sprechen und erklärte, wenn bis 1935 die Räumung nicht vollzogen sei, so werde man dem deutschen Nationalismus eine fürchterliche Waffe in die Hand geben. Der polnische Korridor, die unglückliche Sage Österreichs, die schlechten Grenzbedingungen im Baltikum, die Minoritätenfrage und die Vermehrung der Diktaturen, alles das sei auf die Dauer unmöglich gut für Europa. Faure schloß: „An Kämpfe um die Organisation des Friedens bleiben die Sozialisten an der Spitze.“

Anschließend nahm Außenminister

Briand

das Wort. Er erklärte zunächst, nicht über die juristische Seite des Paktes sprechen zu wollen. Dieser sei Menschenwert und enthalte Ideen, das sei gewiß. Briand ging dann auf die Entstehungsgeschichte des Paktes ein. Als er der amerikanischen Regierung den Abschluß eines Antikriegspaktes vorgeschlagen habe, sei dieser Vorstoß mit Begeisterung aufgenommen worden. Man habe die Hintergedanken einzelner Regierungen gewiß kritisiert, das sei leicht, aber in Wahrheit seien die Männer an führender Stelle gezwungen, mit den realpolitischen Tatsachen zu rechnen. In Genf habe Frankreich versucht, ein Protokoll auf der dreifachen Basis der Schiedsgerichtsbarkeit, der Entwaffnung und der Sicherheit zur Annahme zu bringen. Wenn dies auch nicht beim ersten Anlauf gelungen sei, so müsse man die Anstrengungen zu seiner Durchsetzung weiter fortsetzen. Auch Locarno sei nur ein Ausfluß des Gedankens, der dem Völkerbund zugrundeliege.

Briand wandte sich dann den am Völkerbund geübten Kritiken zu und schilderte, wie schwierig sich oft die Beratungen im Schöße des Bundes vollzogen, da in ihm 52 Völker vertreten seien, deren jedes besondere Wünsche und besondere Interessen habe. So seien große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen, als er und Paul Boncour für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund eingetreten seien. Niemand habe er, Briand, in Genf Heuchler getroffen. Die französische Delegation habe ihrerseits stets im engsten Einvernehmen mit der Regierung gearbeitet. Was die Entwaffnung betreffe, so sei Frankreich in Genf

immer als ihr Vorkämpfer aufgetreten

und habe geradezu gewagte Vorschläge unterbreitet, während man im Innern die Effektivbestände reduziert habe. Es sei beklagenswert, daß man heute in dieser Hinsicht den guten Willen Frankreichs bezweifle. In keinem Falle aber dürfe man am Völkerbund verzweifeln. Denn dem Völkerbund sei im litauisch-polnischen Konflikt ein Krieg vermieden worden, auch die zwischen Ungarn und Rumänien strittige Opontenfrage werde geregelt werden. Der Völkerbund verdiene das Vertrauen der Völker. Als er, Briand, die Initiative zum Abschluß des Antikriegspaktes ergriff, habe er diese Friedensgarantie den Völkern zur Bewahrung übermitteln wollen. Sicher seien keine Sanktionen im Pakt vorgesehen, aber wenn man kein Vertrauen in moralische Kräfte mehr habe, so müsse man an allem verzweifeln. Die ideologischen Agenten, von denen Karl Marx gesprochen habe, hätten im Gewissen der Welt gewirkt, und selbst die stärksten Regierungen müßten heute mit ihnen rechnen. „Seit dem Kriege wohnen wir“, rief Briand, „einem

Drama von zwingender Tragik

bei. Wir sehen ein Volk, das allen anderen zuruft, daß es an der Katastrophe nicht schuld ist, die im Jahre 1914 über die Welt kam, und man hat den Eindruck, daß niemals mehr ein Volk eines solchen Verbrechens angeklagt werden möchte.“ Mit dem Kellogg-Pakt sei eine Aube im Völkerbundspakt ausgefallen: der Artikel 15 dieses Paktes lasse die Möglichkeit eines Krieges noch offen. Er, Briand, habe den Krieg am Hals fassen und rufen wollen: „Hier ist ein Verbrecher!“

Briand wandte sich dann gegen die an der Wirksamkeit des

Paktes gedauerten Zweifel und erklärte, er selbst habe am Tage nach der Unterzeichnung den Delegierten aller Nationen gesagt, daß man nunmehr den Frieden organisieren müsse. Bereits kurz nach der Unterzeichnung sei ein allgemeiner Schiedsgerichtsbarkeitspakt in Genf unter Teilnahme der französischen Regierung ausgearbeitet worden. Der Pakt solle den Völkern die Entwaffnung erleichtern. Frankreich wolle an der Spitze der Entwaffnungsbewegung stehen, wenn es auch Vorkehrungsmaßnahmen ergreife und an seine Sicherheit denke.

Einige Stunden nach seiner Antwortrede auf Hermann Müller in Genf im September v. J., die bekanntlich lebhaftes und recht unliebsames Aufsehen erregte, sagte Briand vor den Vertretern der internationalen Presse mit jener köstlichen Selbstironie, in der er sich oft gefällt: „Ich bin wirklich ein Pechvogel: Sage ich einmal etwas in einer Rede, was aus dem üblichen allgemeinen Rahmen herausfällt, dann steht gleich die ganze Welt Kopf; vermeide ich aber in einer Rede meine ganze Meinung zu entwickeln, dann grinsen alle Leute: „Bah! Briand? Der hat wieder einmal geredet, um nichts zu sagen.“

Es scheint, daß die neueste rhetorische Leistung des französischen Außenministers eher zu dieser letzteren Kategorie seiner Reden gehört. Diese Propagandabühne für den Völkerbundsgedanken hat man aus seinem Munde schon oft gehört. Andererseits muß offen erklärt werden, daß die selbstgefällige Lobpreisung der angeblichen Vorkämpferrolle Frankreichs auf dem Gebiete der Abrüstung mit den Tatsachen nicht sehr übereinstimmt. Dafür können wir übrigens einen unverdächtigen Zeugen anrufen in der Person von Paul Boncour: Wir sind mit dessen Ansichten gewiß nicht immer einverstanden, aber wir erinnern daran, daß er im Dezember sein Amt als Delegierter Frankreichs im Rat und in der Abrüstungskommission mit der ausdrücklichen Begründung niedergelegt hat, daß ihm die französische Politik zu sehr im Widerspruch mit den in Genf von Frankreich vertretenen Grundsätzen stehe. Wir erinnern ferner daran, daß bei der letzten Militärdebatte in der französischen Kammer nicht nur die Sozialisten, sondern auch die meisten Radikalen unter Führung von Montigny und Daladier die neuen Militärvorlagen scharf kritisierten und die Vergleichsziffern des Kriegswirtschaftsministeriums mit 1914 als irreführend bezeichnet haben.

Die französischen Minister berufen sich gern auf die Herabsetzung der aktiven militärischen Dienstzeit seit Kriegsende und führen sie als Beweis dafür an, daß Frankreich bereits ungeheuer viel für die Abrüstung getan hätte — der stellvertretende Delegierte Frankreichs in der Abrüstungskommission, Graf Clauzel, hatte sogar in vergangener Sommer die Stirn, zu behaupten, daß angesichts dieser Dienstzeitherabsetzung Frankreich an sich keine weitere Verpflichtung zu Rüstungseinschränkungen mehr habe!

Wenn also Briand die Leistungen seines Landes hinsichtlich der Abrüstung als vorbildlich preist, so muß an diese wenigen Tatsachen erinnert werden, die beliebig vermehrt werden können. Frankreich hat seit der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in der Abrüstung nicht das geringste getan — umgekehrt hat es unter anderem eine sehr beträchtliche Flottenvorlage verabschiedet. Ein Land, dessen Militär- und Marineausgaben, wie kürzlich Genosse Hermann Müller im Reichstag vergleichsweise bemerkte, dreißig Prozent des Gesamtbudgets ausmachen, hätte allen Anlaß, etwas weniger von seiner Vorkämpferrolle für den Friedens- und für den Völkerbundsgedanken zu reden und etwas mehr im Geiste des Friedens und des Völkerbundes zu handeln.

Fast einstimmig angenommen.

Paris, 1. März.

Die Kammer hat heute abend nach Abschluß der Debatte über den Kellogg-Pakt den Pakt mit 370 gegen 12 Stimmen angenommen. Dagegen gestimmt haben die Kommunisten. Am Schluß der heutigen Kammer Sitzung brachte Briand einen Gesetzentwurf ein, durch den die französische Regierung ermächtigt werden soll, dem allgemeinen Schiedsgerichtspakt zuzustimmen.

Pankower Mord vor dem Landtag.

Innenminister Grzesinski gegen Rotfront und Stahlhelm.

In der Landtags-Sitzung vom Freitag, den 1. März, erfolgte die Beratung des deutschnationalen Mißtrauensantrages gegen den Innenminister Grzesinski wegen des Pankower Gymnasialstudentenmordes.

Innenminister Grzesinski:

Im Anschluß an den blutigen Zusammenstoß am Freitag, dem 22. Februar, abends, in Pankow, dem zu meinem tiefen Bedauern ein blühendes Menschenleben zum Opfer gefallen ist, stelle ich zunächst fest, daß die mit unterstellte Polizei treffliche Arbeit leistet. Sie hat die Bluttat schnell und restlos aufgeklärt und die Täter festgenommen. Die vielgeschmähte Organisation der Polizei hat sich wiederum bewährt und ich danke allen beteiligten Beamten. (Beifall.) Das größte Gewicht legt die Polizei in meinem Sinne auf die vorbeugende Tätigkeit. Deshalb das Demonstrationserbot für Berlin, das den Beifall weitester Kreise gefunden hat. (Lärm bei den Kommunisten.)

Aber einen Schuß aus dem Hinterhalt, wie in Pankow, kann die Polizei nicht verhindern, und das ist leider nur eine Bluttat von vielen.

Ich habe vor mir eine Liste von etwa zwanzig blutigen Überfällen durch Nationalsozialisten und einigen dreißig derartigen Bluttaten durch Rotfrontleute.

Die Rechtsparteien fordern nun das Verbot des Rotfrontkämpferbundes. Es ist merkwürdig, daß immer diejenigen noch Verbote schreiben, die sich selbst beim berechtigtesten Zugriff der Staatsgewalt beschweren. Ich habe dem R.F.K. nicht mehr vorzuwerfen als anderen kapitalen Verbänden auch. Ich kann Organisationen nur dann unterdrücken, wenn es gelingt, die Verantwortlichkeit der Zeitung für die Ausschreitungen der Mitglieder nachzuweisen. Aber ein solches Verbot würde jedenfalls Wärsner schaffen und dem politischen Wort nur ein weiteres Feld eröffnen. Dem politischen Terror, der eine Sünde für das deutsche Volk ist, kann nicht allein die Polizei überwinden. Dazu müssen alle vernünftigen Menschen mitwirken. (Sehr gut! links.) Die neue Republik Deutschland und der demokratische Volksstaat Preußen sind nach Verfassung und Wirklichkeit doch der freieste Staat der Welt. (Großer Lärm rechts und bei den Kommunisten, Beifall in der Mitte.) Um so bedauerlicher, daß immer wieder im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die weitgehenden Freiheiten zeitweise außer Kraft gesetzt werden müssen. Aber weitgehende Rechte setzen eben ein entsprechendes Verantwortungsbewußtsein voraus. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.) Statt dessen hat die politische Verheugung und Unübersichtlichkeit gegen Unbedenkende gerade in der letzten Zeit unerhörte Formen angenommen.

Anlässlich des 10. Todestages von Karl Eisner hat die Rechtspresse seinen Mörder geradezu verherrlicht!

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Rechtspresse alle Gegner als landesverräterlich und moralisch korrupt hinstellt, dann muß sanitärischen Jugendlichen jede Gewalttat verdienstvoll erscheinen. (Sehr wahr! bei den Rechtsparteien.) Die wirklich Schuldigen kommen meist gar nicht vor den Richter; schuldig im höheren Sinne sind bei allen politischen Gewalttaten die Führer, die die jungen Menschen in den Haß gegen den

politischen Gegner hineinziehen. (Große Unruhe rechts und bei den Kommunisten.) Jede Partei, die wirklich Jutrauen zu ihren Ideen hat, sollte mit dem Ungeist der Faust und der Gewalt aufräumen. Die Liste der Opfer ist schon viel zu lang für ein reifes und mündiges Volk. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten und in der Mitte, stürmische Zwischenrufe rechts: Wer hat die Gewalt angefangen?) Auch diese Frage will ich beantworten: Ich habe hier eine Beschwerde an das preussische Ministerium des Innern, in der die Röstischen fordern, daß gegen die systematischen Überfälle ihrer Versammlungen durch die Nationalsozialisten eingeschritten wird. In der Beschwerde wird behauptet, daß der Bezirksvorstand der Nationalsozialistischen Freiheitspartei Ausschreitungen und Bluttaten planmäßig organisiert. (Hört! hört!) Die Beschwerde ist vom 13. September 1928 und unterzeichnet vom Reichstagsabgeordneten Kube. (Stürmische langanhaltende Heiterkeit.)

Das deutsche Volk leidet gegenwärtig bittere Not. Diese Situation, für die man mit Unrecht den gegenwärtigen Staat und seine Führer verantwortlich macht, wollen gewisse Reaktionen ausnützen, um die Hoffnung auf einen gewaltlosen Umsturz neu zu beleben. Aber ihr Geschrei ist nur Theaterdonner, bestimmt die ungeduldigen Anhänger festzuhalten, denen man sonst nichts zu bieten hat.

Die Reaktion weiß ganz genau, daß sie bei jedem Versuch gegen die Republik sich den Kopf an einer unannehmbaren Festschneidung einrennen wird.

Wer dem deutschen Volke in seiner Not wirklich helfen will, der schare sich fest um die republikanische Regierung und bekämpfe mit ihr den Geist der Gewalt rechts und links. (Lebhafter Beifall bei den Rechtsparteien.)

Abg. Bork (Dnat.) begründet das Mißtrauensvotum: Der schnelle Erfolg der Polizei sei kein Verdienst des Ministers. Die Kommunisten stören systematisch den inneren Frieden, die jetzigen Regierungen schreiten nicht ein, wenn der Staat bedroht sei, sondern nur, wenn ihre Eitelkeit verletzt werde. Die Sozialdemokratische Partei sei die Partei des Landesverrats und leiste bewußt Vorkurs dem bolschewistischen Hochverrat. (Bravo rechts.)

Abg. Franken-Zeig (Soz.):

Die Herren Deutschnationalen haben bei dem Innenetat das bisher übliche und übliche Mißtrauensvotum vergessen und möchten es nun bei einer unpassenden Gelegenheit nachholen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Die Pankower Bluttat verrät eine solche Rohheit der Gesinnung, daß sie jeder anständigen Mensch aufs entschiedenste verurteilen muß. Aber beinahe ebenso schädlich ist der Versuch der Deutschnationalen, mit dieser Mordtat politische Geschäfte zu machen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das gesorderte Verbot des Rotfrontkämpferbundes hat der frühere Reichsinnenminister von Reubell ja dadurch unmöglich gemacht, daß er sich in dieser Frage eine Niederlage vor dem Staatsgerichtshof geholt hat. Ein einseitiges Vorgehen gegen links könnte nach den groben Ausschreitungen der Radikalen auf beiden Seiten auch niemals in Frage kommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn trotz dieser unserer Haltung die kommunistische Presse auch bei dieser Gelegenheit ganze Schimpfkanonaden gegen die Sozialdemokratie losgelassen hat, so kann das nur damit zusammenhängen, daß sie etwas zu verdeden hat.

Und in der Tat, die Kommunisten sind die moralisch Schuldigen und Verantwortlichen.

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, großer Lärm bei den Kommunisten, Zurufe: Lump, Renegat, Ordnungsruf des Präsidenten.) Wir bedauern die irregulierten Opfer der kommunistischen Politik, die sinnlos ins Unglück gestürzt werden, aber ich wiederhole, moralisch verantwortlich für die Bluttaten ist der Ungeist der Gewalt, der in den kommunistischen Organisationen gepflegt wird. Ebenso auf der Rechten. In einem Aufruf zu Sammlungen für die Gedenkfeier erklärt die Ortsgruppe Erfurt des Stahlhelms, daß die Gedenkfeier Brüder in Rot seien, die nur ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber getan hätten.

Die Glorifizierung bestialischer Mordtaten muß ja geradezu dazu führen, daß junge unechte Menschen zur Pistole greifen, um den politischen Gegner aus der Welt zu schaffen.

Abg. Dr. Schwering (Z.): Die Zeiten sind in Preußen vorbei, wo man deutschnationalen Mißtrauensvoten ernst nahm. Alle Kampfverbände sollten endlich von der politischen Bildfläche verschwinden.

Abg. Jendreyh (Komm.): Die Pankower Tat ist durch die Ausschreitungen des Stahlhelms provoziert. An der Abstimmung über das Mißtrauensvotum werden wir uns nicht beteiligen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Stendel (D. Sp.): Zu der Regierung in ihrer gegenwärtigen Zusammenhänge haben wir kein Vertrauen. Wir stimmen dem Mißtrauensvotum zu. (Schallendes Gelächter im ganzen Hause.)

Abg. Riedel (Dem.): Wir sind gegen die parteipolitische Militarisierung der Jugend überhaupt.

Die Opposition klafft.

Abg. Schwedt (Dnat.): Wir hoffen die republikanische Staatsform und wollen den alten Staat wieder haben.

Abg. Dr. Pankel (Deutsche Fraktion): Wir Stahlhelmer hoffen diesen Staat nicht, sondern verachten ihn. Das ist unser gutes Recht, auch wenn wir aktive Beamte sind. (Unruhe und Lachen links.) Was wäre die Opposition, wenn sie nicht klaffen kann. (Stürmisches Gelächter links.)

Abg. Lohse (Nat.-Soz.): Unter dem roten Hafenkreuzbanner Adolf Hitlers werden wir diese Regierung zum Teufel jagen. (Lachen links.)

Persönlich erklärt Abg. Kube, daß er den vom Minister verlesenen Brief unter einer von der Judenpresse hervorgerufenen Pindose geschrieben habe. (Große Heiterkeit.)

Die Abstimmung über das Mißtrauensvotum findet am Dienstag statt.

Auf Antrag des Geschäftsausschusses wird hierauf in mehreren Fällen die Immunität der nationalsozialistischen Abgeordneten Ley und Kaufmann aufgehoben.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Sonnabend 10 Uhr: Rest des Wohlfahrtsrats.

Die „Gewog“ Mariendorf (Gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft) legt Wert auf die Feststellung, daß sie mit der im Landtagsbericht fälschlich erwähnten „Gewog“ (Charlottenburg) nicht identisch ist.

(Gewerkschaftliches siehe 2. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geeser; Wirtschaft: A. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Richter, Eufonia; Gesundheit: Dr. John Schimowitz; Verkehr und Seehaus: Felix Karst; Kunst: Eusebia; K. Biele, sämtlich in Berlin; Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermann-Broschdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sinaer & Co., Berlin SW 68, Unter den Eichen 2; hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Witz“.

Neue Schuhe für das Frühjahr!



Abb. 1



Abb. 2



Abb. 3



Abb. 4



Abb. 5

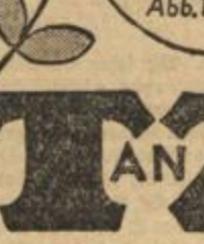


Abb. 6



Abb. 7

Abb. 8

Abb. 9

Abb. 10

Abb. 11

Abb. 12

Abb. 13

Abb. 14

Abb. 15

Abb. 16

Abb. 17

Abb. 18

in FlasiSana

Schuhen keine Fußsenkung, keine Fußermüdung und keine Fußschmerzen, Leicht u. elegant. Die grosse Nachfrage und die vielen Anerkennungen beweisen die Vorsege unsorer orthopädischen FlasiSana-Schuhe. FlasiSana-Schuhe sind vollwertiger Ersatz für Massarbeit. Vom einfachen Strampenschuh bis zum elegantesten Gesellschaftsschuhe - unterhalten wir ständig ein mit sortiertes Lager in allen Lederarten u. Ausführungen für Herren, Damen u. Kinder.

Leipziger Strasse, Alexanderplatz, Fra. Harter & Leo, Belle-Alliance-Strasse, Kottbuser Damm, Vilmsdorfer Circus

H E R M A N N

Dunkelmode Spangenschuh (Abb. 1) mit geschweiftem Absatz und braunem Lederpaspel... **12⁵⁰**

Hellmode Spangenschuh (Abb. 2) mit geschweiftem Absatz, elegante Form... **12⁵⁰**

Beige-rosé Spangenschuh (Abb. 3) mit geschweiftem Absatz, elegante Zierlockung... **12⁵⁰**

Hellmode-Kreuzspangenschuh (Abb. 4) mit geschweiftem Absatz... **12⁵⁰**

Modelarbigere Spangenschuh (Abb. 5) mit Trotteur-Absatz, neuform... **12⁵⁰**

Pumps (Abb. 6) Mode Chevreau mit dunkelmode Chevreau-Garnitur... **19⁵⁰**

Lack-Damen-Spangenschuh mit geschweiftem Absatz, mod. Form... **12⁵⁰**

Mode Spangenschuh mit elegantem Lederpaspel... **16⁵⁰**

Rosé Chev.-Spangenschuh (Abb. 7) mit dunkelmode Chev.-Blattverzierung, hübsche Ausführung... **19⁵⁰**

Mode Kreuzspangenschuh (Abb. 8) mit dunkelmode Garnitur, hübsches Modell... **19⁵⁰**

Beige-rosé Spangenschuh (Abb. 9) mit mode Chev.-Lederpaspel, Trotteur-Absatz... **19⁵⁰**

Lack-Herren-Schnürschuh (Abb. 10) weils gepoppelt... **12⁵⁰**

Boxall Herren-Schnürschuh (Abb. 11), schwarz, Rahmenarbeit, gute Passform... **16⁵⁰**

Boxall Herren-Schnürschuh (Abb. 12), mittelbraun, elegante Zierlockung, Rahmenarbeit... **16⁵⁰**

Herren-Schnürschuh schwarz, Boxall, gute Passform... **12⁵⁰**

Boxall Herren-Schnürschuh schwarz, rand erhöht, kräft. Strapsenversteifung... **19⁵⁰**

Damen-Strümpfe

Seidentier, Nako od. künstl. Seide **95^{pr.}**

Seidentier o'fer echt Nako... **1,45**

Künstl'cho Seide mod. Farbverf. **1,95**

Hertle' unser Spezial-Seidentierstrumpf mit 4 facher Fohle **2,50**

Bamberg- oder Hertle-Seide, künstl. lio. Seide, Goldwampel **2,95**

Reine Wolle gute Qual., od. Wolle in künstl. Fohle, einfarb. **2,95**

Herren-Socken neue Jacquardmstr. **78^{pr.}**

Herren-Socken seidentier, neuform. **95^{pr.}**

Aufgaben des Städtebauers.

Am Bund der technischen Angestellten und Beamten (Bulab) sprach vor der Fachgruppe Gemeindefachleute der Magistratsoberbauamt Köppen über Städtebauliche Aufgaben der Stadt Berlin. Drei Hauptgesichtspunkte des Städtebaus unserer Zeit hob er hervor:

Drei Hauptgesichtspunkte des Städtebaus unserer Zeit hob er hervor: die Schönheit des Stadtbildes, Erleichterung des Verkehrs, sowie und Gesundheitswesen von besonderer Wichtigkeit und sie werden hier für die Bevölkerung zu Lebensfragen. Berlin hat in hundert Jahren, von 1825 bis heute, von 1400 Hektar Gesamtfläche mit 220 000 Einwohnern sich auf 87 000 Hektar Gesamtfläche mit über 4 Millionen Einwohnern ausgedehnt. Da ist die Rücksicht auf die Befriedigung des unaufhaltsam wachsenden Verkehrsbedürfnisses von ausschlaggebendem Einfluß auf die Gestaltung des Bebauungsplanes. Nach den Außenbezirken müssen Ausfallstraßen führen, Ringstraßen müssen zwischen ihnen eine Verbindung herstellen, die Straßenbreiten müssen den Verkehrsmitteln angepaßt werden. Aber auch die Rücksicht auf die in der Großstadt besonders nötige Förderung der Gesundheit macht sich immer stärker geltend. Sie fordert Grünflächen, Spielplätze, Sportplätze die sich in langem Zuge aneinander reihen müssen. Zurzeit ist das Stadtplanungswesen mit der Aufstellung des Gesamtbebauungsplanes beschäftigt. Einzelne der städtebaulichen und verkehrlichen Aufgaben Berlins erörterte der Vortragende eingehender, die Schnellbahnprojekte, die bis über die Havel hinausgreifen, die Projekte entlastender Umgehungsstraßen nördlich und südlich der Leipziger Straße und östlich und westlich des Halleschen Tores, die Projekte der verkehrlichen und baulichen Ausgestaltung starkbeanspruchter Plätze (Meynberplatz, Potsdamer Platz usw.), den Gedanken der Errichtung von Turmhäusern, die man natürlich nur an geeigneten Stellen zulassen könne. Er betonte die Notwendigkeit der Sicherung von Erholungsflächen, der Erhaltung von Wäldern, der Freimachung von Uferwegen in den Außenbezirken. Ueber Berlins Grenzen hinaus muß der Blick des Städtebauers und des Verkehrsplaners reichen, wenn sie die ihnen gestellten Aufgaben lösen wollen. Von Berlin muß in die fernere Umgebung hinaus ein planvoll ausgebautes Straßennetz führen, das dem immer stärker zunehmenden Autoverkehr genügt. Auch die Notwendigkeit großer Stützungen für Industriebetriebe und die in ihnen beschäftigte Arbeiterbevölkerung wird nach Ansicht des Vortragenden immer dringender. Er schloß mit dem Wunsch, daß für die in Betracht kommenden Landgebiete eine Verwaltungseinheit gefunden werden möchte, die neue Möglichkeiten schafft, die Aufgaben nach großzügigem Plan zu lösen.

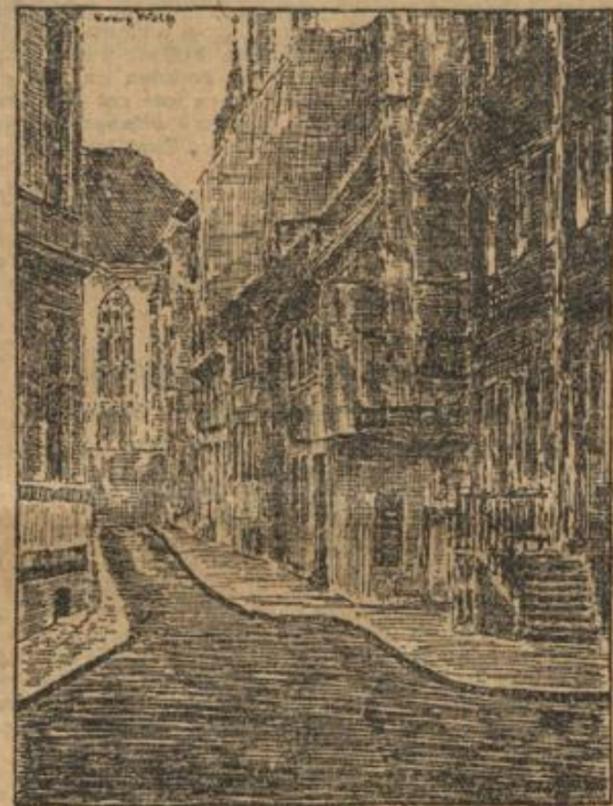
Dreieck am Bahnhof Friedrichstraße.

Nach langen Verhandlungen ist jetzt eine Klärung über den Erwerb und die Bebauung des Dreiecks vor dem Bahnhof Friedrichstraße zustande gekommen, auf dem bekanntlich die Turmhaus-A.G. ein Hochhaus errichten wollte, das aber nie zur Ausführung kam. Das Grundstück hatte ein sehr großes Interesse bei der Reichsbahn-Gesellschaft und der Verkehrs-A.G. gefunden. Die Verkaufsverhandlungen sind nunmehr zu einem Abschluß gelangt und die städtische Verkehrs-A.G. wird das Grundstück erwerben. Das Gelände wird zu einem Teil dazu verwendet werden, um die Friedrichstraße vom Bahnhof bis zur Weidendammer Brücke um 10 Meter zu verbreitern und die Eingänge zur Nord-Südbahn, die bisher sehr un bequem in der Mitte der auf der äußersten vom Verkehr in Anspruch genommenen Friedrichstraße liegen, auf den Bürgersteig zu verlegen. Ferner sollen noch mehr unterirdische Verbindungen zwischen der Nord-Südbahn und dem Bahnhof Friedrichstraße geschaffen werden, wie sie bereits an anderen Stellen vorhanden sind. Der Zipfel des Grundstücks an der Ecke Weidendammer Brücke, der bisher in einen 7 Meter breiten Winkel ausläuft, soll ebenfalls abgeschnitten werden, so daß hier eine 16 Meter breite Front aufsteht. 3500 Quadratmeter des insgesamt 5300 Quadratmeter

großen Terrains sollen durch den bisherigen Eigentümer des Grundstücks, Heinrich Wendelsohn, bebaut werden, der dort ein weitstädtisches Unternehmen schaffen will, das diesem Teil der Friedrichstadt ihr besonderes Gepräge geben will. Voraussetzlich wird dort eine moderne Gaststätte mit einem Hotel erbaut werden, wozu sich das Grundstück besonders gut eignet. Die dreieckige Front des Grundstücks bietet mit den drei Fronten in architektonischer Hinsicht besondere Vorteile und Reize. Der Preis, den die Verkehrs-A.G. für das von ihr benötigte Gelände zahlen muß, wird zurzeit noch geheim gehalten. Der Aufwertungsprozeß wegen des Restlaufgeldes, der schon seit längere Zeit schwebte, ist gleichfalls durch ein Kompromiß zwischen den beteiligten Kreisen zu einer Beilegung geführt worden. Mit dem Bau des Gaststättenpavillons, der übrigens nicht in Form eines Turmhauses geplant ist, sondern die übliche Höhe aufweisen wird, soll nach Möglichkeit noch im Herbst dieses Jahres begonnen werden.

Ein stiller Winkel.

Berlin hat in der alten Innenstadt noch manchen stillen Winkel, der wenig bekannt ist, aber Beachtung verdient. In der Nachbarschaft der im 13. Jahrhundert entstandenen Klosterkirche, die als künstlerisch wertvolles Bauwerk jetzt wiederhergestellt wird, liegt die Wallenstraße. Von der Stralauer Straße her zieht sie sich, lang und schmal, parallel der Neuen Friedrichstraße hinter der Parochialkirche vorbei, und sie endet dann an der Mauer des ehemaligen Klosterkirchhofes als Sackgasse. Diesen Teil der Wallenstraße, den im Hintergrunde die Klosterkirche überragt, stellt unser Bild dar. Links sieht man die Rückseite des Verwaltungsgebäudes für das Bezirksamt Mitte, ein über 200 Jahre altes, mehrfach um-



Alt-Berlin, Sackgasse

gebautes und noch immer stattlich wirkendes Haus, dessen Vorderseite an der Klosterstraße liegt. Die altersschwachen Häuschen zur Rechten sind in den letzten Jahren von der Stadt angekauft worden und haben durch frischen Anstrich in bunten Farben ein freundliches Aussehen erhalten. Die heutige Wallenstraße war früher nur ein schmaler Gang, der nahe der Stadtmauer an Hinterhäusern und Zäunen vorbeiführte und „Bullenwinkel“ genannt wurde. Erst im Jahre 1837 erhielt sie den Namen „An der Stralauer Mauer“, der dann 1861 auf Drängen der hier ansässigen Hausbesitzer in „Wallenstraße“ (nach dem damals an der Ecke der Stralauer Straße und der Neuen Friedrichstraße liegenden Waisenhaus) umgewandelt wurde. Die Nordseite der Wallenstraße (rechts auf dem Bilde) lehnte sich an die aus dem Mittelalter erhalten gebliebene Stadtmauer an, von der Reste noch heute in den Grundmauern und Rückwänden der Häuschen zu finden sind.

Krach bei den Hausbesitzern.

Hauptling Ladendorff legt den Vorfuß nieder.

Am Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine hat es Krach gegeben. Der Vorsitzende Ladendorff, Landtagsabgeordneter der Wirtschaftspartei, ist der Ansicht, daß er nicht mehr das Vertrauen seiner Leute hat. In der Generalversammlung wurde verlangt, den nur verlesenen Rassenbericht schriftlich vorzulegen. Der Kassierer, ein deutschnationaler Stadtrat Müller-Göpfert, lehnte ab — und der Vorsitzende Ladendorff stimmte ihm bei. Nachdem ein Antrag auf Vorlegung schriftlicher Abrechnung angenommen worden war, legte der Kassierer sein Amt nieder. Herr Ladendorff folgte seinem Beispiel, legte sein Amt des Vorsitzenden nieder, und die Generalversammlung wurde unter großer Erregung abgebrochen. Eine neue Generalversammlung wird wohl das Verlangen schriftlicher Berichterstattung über die Rassenangelegenheiten wiederholen. Warum verweigern das Ladendorff und Göpfert?

Der Bürgermeister war im Recht.

Abfertigung einer deutschnationalen Dreifigkeit.

In einer kleinen Anfrage deutschnationaler Landtagsabgeordneter wurde ausgeführt, der Bürgermeister Riehl vom Bezirksamt Friedrichshain habe in einer öffentlichen Versammlung ausgeführt, er verstehe es nicht, daß es heute noch Beamte gäbe, die dem Stahlhelm angehören. Er lasse zurzeit prüfen, ob sich dies mit den Vorschriften eines Beamten vereinbaren läßt. Die Antragenden bezogen sich auf die Antwort des preussischen Ministers des Innern auf eine kleine Anfrage vom 14. August v. J., worin es hieß, dem Minister seien Benachteiligungen in dem erwähnten Sinne nicht bekannt geworden und sie baten das Staatsministerium, den Vorgang zu untersuchen „und die erforderlichen Schritte gegen den Bürgermeister Riehl im Dienstaufsichtsweg zu veranlassen“. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortete der preussische Minister des Innern die Anfrage folgendermaßen:

„Nach dem ganzen Verhalten des „Stahlhelm“ und seiner Führer in letzter Zeit ist es durchaus verständlich und pfllichtgemäß, daß der Bürgermeister Riehl in Erwägung gezogen hat, die ihm unterstellten Beamten zum Austritt aus dem „Stahlhelm“ aufzufordern. Weiter hat er nach dem vorliegenden Bericht auch nichts getan. Maßnahmen gegen den Bürgermeister im Dienstaufsichtsweg kommen nicht in Betracht. Ich verweise im übrigen auf die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten in der Sitzung des Hauptausschusses des Preussischen Landtages am 16. Februar 1929 und meine Darlegungen in der 41. Sitzung des Preussischen Landtages am 5. Februar 1929.“

Zeugen, die geladen haben, wie am 28. Dezember, früh 7 1/2 Uhr, ein alter Herr Rotduler Brücke, Ecke Mariannenstraße von einem Milchfuhrwerk überfahren wurde, werden gebeten, sich bei Hennow, Grünauer Straße 19, zu melden.

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heermann Mosler

Als er um die Ecke in die Schloßstraße einbog, rief ihn vom Ausspann her, darin seine Frau während seines Weges hinunter in qualenden Wehen geschrien hatte, jemand an. Dazu gehörte Mut, ihn jetzt anzurufen. — Ihn, als einen von denen, die dabei gewesen waren... Aber Kniephade blinnte nicht auf. Er ging am Gefängnis vorüber, wo noch das Dach repariert wurde; er hörte das hämmern. Durch das Schloßtor, wo die Schritte dumpf hallten, als nagelten sie einen Sarg zu. Geradeswegs zum Kastellan, den er arredecete, immer mit geklemmtem Kopf. Er müsse unbedingt den Herrn Minister von Trosegt sprechen.

Der Kastellan lachte ihn aus. Kniephade wurde rot. Aber er blinnte nicht auf und ließ nicht locker. Der Kastellan wies ihn schließlich an den Schreiber. Der Schreiber empfahl ihm ein schriftliches Gesuch um eine Audienz einzureichen. Der Böttcher blieb seif. Es sei eine Sache, die unbedingt sofort erledigt werden müsse. Der Schreiber ruckte die Achseln und ging, kam wieder: das Wunder geschah, Kniephade wurde vorgelassen.

Er dachte erst in Trosegts Amtszimmer daran, den Hut abzunehmen, er hielt ihn mit beiden Händen vor der Brust und starrte darauf. Es hätte auch jemand anders das kurze: „Nun? Was ist los?“ sprechen können als Trosegt, der von seinen Papieren aufblickte. Der Böttcher hätte es nicht gemerkt.

Ein Rucken lief von seinen Knien bis zur Stirn, teilte sich den Lippen mit, machte sie stottern: „Ache — ich wollte man beschließen bitten, daß Seine Durchlaucht — ob nicht Seine Durchlaucht — die Taufpatenschaft bei mein Sohn inwernähmen täte.“

Trosegt war guter Laune. Der Herzog war noch immer

verreist, würde es noch lange bleiben, querulierte nicht mehr und hemmte nicht mehr, man konnte endlich scharf durchgreifen und die unliebamen Vorgänge von neuem liquidieren. „Das wiestelle ist es denn? Das fünfte?“

„Es is me n erstes Kind.“

„Nanu!“ Trosegt lehnte sich beunruhigt in seinen Sessel zurück. Es war noch nicht vorgekommen, daß man den Herzog als Taufpaten eines heftigen ersten Kindes beanspruchte. „Haben Sie besondere Verdienste um Seine Durchlaucht? Biegt irgend ein Verprechen der hohen Herrschaften vor?“

„Ache — ich —“ Kniephade verstummte und begann den Hut in den Händen zu drehen.

„Er ist verrückt!“ dachte Trosegt und schüttelte den Kopf. „Unter diesen Umständen ist eine Uebernahme der Taufpatenschaft vollkommen unmöglich.“ Er näherte die Augen wieder seinen Akten. „Ueberhaupt sehe ich nicht ein, was an der Sache dringlich ist.“

„Ache — ich wollte man scheinstens bitten, ob nicht vielleicht doche —“

„Aber Mann! Denken Sie sich mal aus, was Seine Durchlaucht zu tun hätte, wenn er bei jedem ersten Kind Taufpaten spielen sollte. — Ich habe wirklich keine Zeit.“

„Ja, dachte bloß — wären die besondern Umstände...“

„A, was zum Donnerwetter sind denn das für Umstände?“

„Das — das kann ich nicht so la n.“

Trosegt hatte sich wieder zurückgelehnt. Ihm war plötzlich etwas eingefallen. Ein langes „Sooo“ verdeckte die Zeitspanne seines Nachdenkens. Der Wunsch des Mannes, so komisch und merkwürdig er war, kam in dieser Zeit nicht ungelegen.

„Sie wollen Seiner Durchlaucht durch diese Bitte ein besonderes öffentliches Zeichen Ihrer Ergebenheit — Ihrer unverbrüchlichen Treue geben, im Namen des gesamten staatsstreuen Teils der Bürgerschaft gewissermaßen — angesichts der letzten bedauerlichen Vorgänge?“

Kniephade schüttelte es. Er presste die Zähne aufeinander, daß sie schmerzten. Dann sagte er etwas zu laut: „Ja.“

„Aha. Sehr schön gedacht von Ihnen.“ Trosegt war entschlossen, die Bitte zu erfüllen. Das gab so etwas Bundesväterliches, Behagliches — es würde auf alle Klatschweiber sehr nett wirken. „Wie heißen Sie?“

„Kniephade, zu dienen. Gustav Kniephade, Böttchermeister hierelbst.“

Der Minister strich sich über die Stirn. Kniephade? Wo war ihm der Name doch schon vorgekommen? Doch wohl in irgendeinem Aktenstück. Doch wohl heute erst?

„Haben Sie schon einmal eine diesbezügliche Eingabe gemacht?“

„Nein.“

Trosegt schüttelte verwundert den Kopf über diese anscheinende Gedächtnislücke. „Dann müssen Sie das noch tun. Sie wissen ja, daß Seine Durchlaucht in gerechter Empörung über die Renalste unlauderer Elemente nach kurzem Aufenthalt in Quedlinburg sein Schloß Ballenstedt aufgesucht hat. Dort befindet sich auch die herzogliche Kammer. Ich —“

Es klopfte. Einer der neuen, vor acht Tagen eingestellten Polizeibeamten trat ein. Die alten Gendarmen sowie vom Militär der Major Schumann und zwei Offiziere waren sofort nach dem 19. März wegen Unzuverlässigkeit und Freigiebigkeit entlassen worden. Schumann sah sogar hinter Schloß und Kegel.

„Nun?“

„Die Verhaftungsbefehle des Herrn Ministers sind ausgeführt bis auf einen. Bloß, Calm, Flegler, Müller, Schaum haben wir.“ Kniephade tastete vergeblich nach einem Halt.

„Wo ist der letzte?“

„Er war nicht zu Hause. Er soll ins Schloß gegangen sein.“

„Ans Schloß? Hierher? Wie heißt er?“

Der Gendarm zog einen Haftbefehl hervor und buchstabierte: „Kniephade, Gustav.“

„Nanu!“ rief Trosegt in höchstem Erstaunen. Er musterte den blassen, wandelnden Kniephade. „So eine Frechheit ist mir noch nicht vorgekommen!“ Er stand auf, trat ans Fenster, trommelte mit den Fingern, pffif halb wütend, halb beunruhigt durch die Zähne.

„Ache — ich bin bloß so mittelaufen...“

„Sagen Sie das dem Richter!“

Vor Kniephades Auge tat sich eine Zelle auf, von fern hörte er ein Wimmern wie das seines Kindes, er zitterte am ganzen Leib.

(Fortsetzung folgt.)

Häuser aus Stahl.

Ein Vortrag und eine Arbeitermeinung.

Man schreibt uns:

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 18. Februar 1929 finde ich einen Bericht über den Vortrag des Herrn Diplomingenieurs Obanowski: „Häuser aus Stahl“.

Als alter Gewerkschafter und seit vier Jahren im Eisenbau- und Brückenbau beschäftigt, interessierte mich besonders der letzte Teil des Berichts. Da steht folgendes: „Die holzbauartigen Arbeiten der amerikanischen Monteure auf dem Stahlgerüst gaben zu dem Einwand Anlaß, ob der deutsche Arbeiter, der an ausgiebige Schutzvorrichtungen gewöhnt ist, hier nicht Schritt halten können und ob die Gewerkschaften, vor allem aber die Baupolizei, nicht ein ernstes Hindernis bilden werden.“

Den Herren, welche diese Einwände über Schutzvorrichtungen machen, gebe ich diesen Rat: Sie nehmen am besten einmal Arbeit an auf einem solchen Bau. Vielleicht an der in dem Bericht genannten Kirche auf der Pfaffenstraße, die eine Festschöhe von 38 Meter hat. Oder an dem Schiffshöherwerk, das zwischen Berlin und Stettin errichtet wird und dessen Höhe 60 Meter beträgt. Wenn Sie dann in luftiger Höhe am Einbauen sind, bloß mit den Beinen in der Konstruktion sich haltend, die Hände brauchen sie ja zum Montieren, da ist für sie die Gelegenheit nach Schutzvorrichtungen zu sehen.

Die Gewerkschaften tun nur ihre Pflicht, wenn sie ausreichende Sicherungen für das Leben und die Gesundheit, dieses einzige Kapital des Arbeiters, fordern. Und bei aller Bejahung des Fortschritts ist diese Forderung in erster Linie berechtigt. Einen Punkt, der nicht unwesentlich ist bei dem Thema „Stahlbau“, vermiße ich in dem Bericht. Dieser Punkt ist die Lohnfrage. Es wäre doch interessant, auch für den Unternehmer, wenn man den deutschen und amerikanischen Produktionsverhältnisse vergleicht, auch die Lohnverhältnisse in den Vergleich einzubringen. So ist wohl diese Frage berechtigt: Welchen Lohn erhält der amerikanische Arbeiter für seine Arbeit und wie bezahlt man den deutschen Arbeiter für seine Leistung, die wohl nicht weniger gefährlich ist wie die der amerikanischen Kollegen? Wie es in Amerika damit steht, empfinde ich leider meiner Kenntnis. In Deutschland aber sind die Löhne schlecht, sehr schlecht. Der Stundenlohn eines Montagearbeiters steht zwischen 85 Pf. und 1 M. Schuld an diesen niedrigen Löhnen tragen freilich in erster Linie die Kollegen selbst. Statt daß sie sich reslos freigewerkschaftlich organisieren und so die Grundlage schaffen für den Kampf um gerechten Lohn, schufen sie lieber Ueberstunden bis spät abends. Der Unternehmer, dem das auch bekannt ist, ruht es für sich aus. So geht auch der hartnäckige Widerstand des Unternehmers zum Teil auf das Schuldkonto der Unorganisierten!

Ein Herr Diplomingenieur Obanowski die Bitte, bei seinem nächsten Vortrag über Stahlbau auch die Lohnverhältnisse miteinander zu vergleichen. Ich gestatte ihm gern, die Soziallasten des deutschen Unternehmers auf die Höhe zu verzeichnen. Ich befürchte, seine Zuhörer werden bei diesem Vergleich Gefächter schneiden, als hätten sie bittere Mandeln gegessen! H. M.

Uruguay in Berlin.

Eine internationale Pöpselgesellschaft vor Gericht.

Vor dem Großen Schöffengericht Berlin-Mitte wurde gestern gegen eine internationale Pöpselgesellschaft verhandelt, die ein ganz eigenartiges Auswanderungsgeschäft mit gefälschten Pässen nach den Vereinigten Staaten betrieben hat. Die fünf Angeklagten, der Vermittler Hirsch Wolf und die Kaufleute Josef Segall, Hermann Segall, Chalm Terhan und der Kaufmann Josef Spiegner stammen aus Polen und Litauen und haben in Berlin ein einträgliches Geschäft betrieben, das ihnen ermöglichte, auf großem Fuße zu leben.

Einige der Angeklagten bewohnten in der Kurfürstendammgegend sechs- und achtzimmerige Wohnungen. Während frühere Pöpselgesellschaften, die in den letzten Jahren häufig die Berliner Gerichte beschäftigt haben, zum Schaden der deutschen Einwanderungsquote ihre Landsleute aus den Distrikten als deutsche Staatsbürger nach Amerika beförderten, hat die jetzt unter Anklage stehende Pöpselgesellschaft mit einem ganz neuen, nicht des tomschen Beigeschmacks entbehrenden Trick gearbeitet. Sie hatten herausgefunden, daß zwischen den Vereinigten Staaten und verschiedenen südamerikanischen Republiken keine Einwanderungsbeschränkung bestehe. Das machten sie sich zunutze und wandelten die Leute aus dem Osten in Staatsbürger von Uruguay um. Bei dem Amerikanischen Konsulat in Berlin stieß es allmählich auf, daß aus dem kleinen Staat Uruguay in den letzten Jahren so viele Gäste in Berlin weilten, die das Verlangen hatten, über USA heimzureisen, und die daher beim Amerikanischen Konsulat ein Einreisevisum erhalten hatten. Bei der Nachprüfung ergab sich, daß in ganz kurzer Zeit 76 Visa zweifelhafter Art für angebliche Leute aus Uruguay ausgestellt worden waren, und daß gerade in dem Augenblick nach 16 neue Anträge vorlagen. Aus der Vernehmung der Antragsteller, die sich bereits in Berlin befanden, und auf das Einreisevisum warteten, ermittelte man, daß es sich ausnahmslos um Persönlichkeiten aus dem Osten handelte, und daß von ihnen für das beschaffte Visum 200 Dollar gezahlt werden sollten, bei der Hinüberführung

Teschkes Kampf

gegen Warenhäuser und Angestelltenkauttionen.

Herr Teschke, „Drehrollen-Teschke“, wie er sich selbst bezeichnet, ist einer der jüngsten Reiniger des Wirtschaftslebens. Sein Kampf gilt den Warenhäusern und Konsumvereinen. Seine Kampftruppe ist ein von ihm gegründeter „Reichsbund“, und sein Endziel ist ein Mandat im Reichstag. Aber vorerst ist er noch von seinem Ziel recht weit entfernt. Er muß noch manchen harten Kampf durchführen, aber zunächst — das muß festgesetzt werden — hat Drehrollen-Teschke eine empfindliche Schlappe erlitten. Vor dem Berliner Arbeitsgericht nämlich, wo ihm eine Angestellte mit einem Regenschirm ein paar wenig liebevolle Schläge verabreichte.

Drehrollen-Teschke ist Stammgast auf dem Berliner Arbeitsgericht. Er ist mindestens jeden zweiten Tag anwesend und hat dann jedesmal ein halbes Duzend und mehr Prozesse zu erledigen. Die Leitung des Arbeitsgerichts beabsichtigt daher, wie erzählt wird, eine besondere Drehrollen-Kammer einzurichten. Teschkes Klagen sind fast alle gleichlautend. Es handelt sich immer um Herauszahlung der den Angestellten abgenommenen Kauttionen. Um seinen „Reichsbund“ zu finanzieren, sucht der Reiniger des Wirtschaftslebens ständig kautionsfähige Kassierer. Er begnügt sich aber nicht etwa mit einem Kassierer, sondern er sucht durch Inserate gleich immer 500 Kassierer und Kassiererinnen. Obgleich Teschke in der Theorie die Großbetriebe lieber heute als morgen sterben lassen will, möchte er in der Praxis selbst gern den Großunternehmer markieren. Hat Drehrollen-Teschke dann Angestellte gefunden, so müssen sie zunächst 500 Mark Kauttion bei ihm einzahlen. Arbeit für die vielen Kassierer ist natürlich nicht vorhanden. Vielleicht, daß der eine oder andere im Laufe von zwei Monaten einmal Beträge in der stattlichen Höhe von etwa 20 Mark einfassiert, aber das ist dann schon das höchste der Gefühle. Es scheint

leichter zu sein, einen „Reichsbund“ zu gründen, als die notwendigen Mitglieder zu bekommen, bei denen Beiträge einzufassieren sind. Den bei Teschke angestellten 500 Kassierern fiel es dann auch auf, daß für sie eigentlich gar keine Arbeit vorhanden ist. Sie vernutzten — reichlich spät —, daß die „Sache einen Haken“ haben müßte, kündigten und forderten ihre Kauttionen zurück. Bei den ersten drei oder vier Kassierern wurde die Einlage prompt zurückgezahlt, denn Teschke stellte gerade wieder neue Kassierer ein, dem er die Kauttion abnahm. Aber als die Kassierer in Massen ihre „gute Stellung“ beim „Reichsbund“ aufgaben, haperte es mit den Rückzahlungen, und es mußte das Arbeitsgericht angerufen werden. Das denn auch Teschke verurteilte und Arreste in Massen erließ, nur mit den Zahlungen haperte es.

Jetzt kam es in einer neuen Verhandlung gegen Drehrollen-Teschke zu einem recht dramatischen Auftritt. Es standen wieder einmal gleich acht Fälle an. Die Angestellten, die ihre letzten Erparnisse dem „Reiniger des Wirtschaftslebens“ gutgläubig anvertraut hatten, glaubten sich um ihr Geld betrogen. Sie waren daher, wie man sich denken kann, ziemlich erregt. Die Erregung steigerte sich noch, als Teschke zwangsweise aus dem Verhandlungszimmer entfernt wurde, da er seinen Kampf nicht nur gegen die Warenhäuser richtet, sondern auch gegen die Arbeitsgerichte und deren Richter, die er als „Mörder“ bezeichnet. Eine der Kassiererinnen nahm sich darum im Treppenhause des Arbeitsgerichtes Herrn Teschke noch einmal persönlich vor, und da mußte er eine ordentliche Anzahl Schläge von zarter Frauenhand über sich ergehen lassen. Erst ein herbeigeeilter Schupo konnte den Streit „schlichten“, indem Herr Teschke ins Freie befördert wurde.

Krawall auf dem Arbeitsamt.

6 Monate Gefängnis für Ueberfall auf Beamte.

Drei Arbeitslose hatten im März vorigen Jahres einen Ueberfall auf die Beamten des Arbeitsamtes Reinickendorf unternommen, weil ihnen angeblich die Unterstützung nicht schnell genug ausgezahlt wurde. Alle drei hatten sich vor dem Schöffengericht Wedding zu verantworten. Vor Gericht wurde festgestellt, daß der 19jährige Arbeitslose Willi B. keine Unterstützung nicht ausgezahlt bekam, weil er seine letzte Arbeitsbescheinigung nicht bei sich hatte. Nach einigen Tagen kam er wieder und rief dem Beamten sehr erregt zu: „Ich habe den Bock noch nicht, aber ich brauche Geld!“ Auf weiteres ungehöriges Benehmen wurde ihm das Haus verboten. Er tobte aber immer lauter und mußte schließlich durch einen Kuffeher herausgebracht werden. Willi besprach sich mit seinem Bruder Walter und dem Freund Paul S. Die drei jungen Burken zogen daraufhin gemeinsam zum Bezirksamt, um Willi zu seinem Geld zu verhelfen. Die Brüder stellten den Beamten, der die Unterstützung abgelehnt hatte, zur Rede. Sie hielten ihn fest und schlugen mit einem Spazierstock auf ihn ein. Erst durch das Eingreifen mehrerer Beamter konnte der Ringkampf beendet werden. Ein Kuffeher eilte mit einem Gummiknüppel hinzu. Walter stellte sich ihm in den Weg und stieß ihn mit aller Gewalt ein zusammengeklapptes Messer in den Rücken. Trotz seiner Schmerzen, an denen er nach monatelanger zu leiden hatte, sagte der Kuffeher die Burken mit dem Knüttel hinaus. Als die Beamten nach Bureauaufsuch zur Straßenbahnhaltestelle gingen, wurden sie wieder von den dreien auf der Straße mit einer Flut von Beschimpfungen und mit Steinen in den Händen empfangen. Bevor es zu weiteren Ausschreitungen kam, konnten die Beamten die Straßenbahn besteigen und davonfahren. Die Angeklagten bestritten diesen Sachverhalt und behaupteten, von 15 bis 20 Beamten angegriffen und verprügelt worden zu sein. Das Gericht schenkte ihnen keinen Glauben und verurteilte sie wegen Hausfriedensbruchs, Widerstand, Körperverletzung, Beleidigung und Bedrohung, und zwar den jungen Willi B. zu vier Monaten und seine beiden vorbestraften Mitläufer zu je sechs Monaten Gefängnis.

Der gefeierte Meisterboger.

Die Vorpostenbehörde Deutschlands gab am Freitag nachmittag im Hotel „Adlon“ ihrem aus Amerika zurückgekehrten Kollegen Ray Schmeling einen Tee. Es ging ungemein feierlich zu. In fünf Ansprachen wurde der Meisterboger mit einer dicken Lobeshölze überhäuft. Die Vertreter der Berufs- und Amateurboger sollten jedoch die sachliche Würdigung der bürgerlich-sicherlich vorerreichlichen Leistungen Schmeling's nicht mit Superlativen wie „Höherverehrung“ und „wichtige Mission“ entwerfen. Sehr munter wurde es, als Oberbürgermeister Dr. Böhm etwas gemachte Parallelen zwischen Genf und Schmeling's L. o. jog und die deutsche Faust als völkerverbindendes Faktor (sozusagen pazifistisch) auswärtig. Dann gab es Händedrücke, Bildtaufnahmen, ein dreifaches Hoch und eine goldene Vereinsmedaille mit granitartiger Inschrift... In einer Ecke sah Franz Diner, der „blonde Hans“ und Somsan-Körner und demonstrierten dem Schauspiel Schängel einen sachgemäßen Schwinger... Herr Böhm aber zeigte den frohlichen Experten der Kunst, daß er auch etwas von der Sache versteht. „Rage Schmeling“

Der Stand der Kohlenabfuhr.

Gestern noch 230 standgeldpflichtige Wagen.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: „Am 1. März früh standen auf den Sadestrassen und Anschlußgleisen 1420 Wagen mit Brennstoffen, davon 301 Wagen Steinkohle, 506 Wagen Koks und 413 Wagen Briketts zur Entladung bereit. Die Zahl der standgeldpflichtigen Wagen hat mit 230 Wagen, darunter 2 Brikettwagen, erfreulicherweise den bisher niedrigsten Stand erreicht. Um die Möglichkeit zu geben, die Zahl der Restwagen weiter zu drücken, werden am Sonntag, dem 3. März, die Güterschalter zum Einlösen von Frachtbriefen, und die Sadestrassen zur Entladung geöffnet sein. Es ist zu wünschen, daß hieron recht viel Gebrauch gemacht wird, um die auf den Bahnhöfen vorhandenen Kohlen den Verbrauchern zuzuführen und um die Güterwagen möglichst schnell für die Heranbringung neuer Kohlentransporte frei zu machen.“

Höhensonne wie in St. Moritz.

Das Unglaubliche wird Ereignis — nachts — 20 Grad und mittags in der Sonne + 20 Grad. Seitdem der Ostwind nachgelassen hat, ist der Luftenthal im Freien zur Mittagszeit wohl geeignet, ein Wohlgefühl hervorzurufen. Natürlich nur da, wo das Sonnenlicht freien Zutritt hat und nicht durch Seitenmauern gebrochen wird; ja selbst die unbelaubten Bäume schaden so viel Sonne, daß sie die volle Wirkung nicht haben kann. Sicht man aber vor einer gegen Osten und Norden schließenden Hauswand, so wird man sich wirklich nach Sankt Moritz versetzt glauben. Freilich ist das Bergnügen nicht sehr andauernd — unaußerbüchlich ändert sich der Barometerstand nach unten. Im vollen Sonnenlicht geht auch ein willkommener Abdrückungsprozess in den Schneemassen vor sich; vom Dache fallen die Tropfen immer schneller; sie bilden unten auf dem Schnee des Bodens eine gläserne Kruste, die nachts erstarrt und das gefährliche Glatteis hervorbringt. Zumal, wenn neuer Schnee darübertaut, ist größte Vorsicht geboten.



Die moderne Hausfrau spricht:

Ich kaufe meinen Kaffee bei der „seligen Witwe“. Bei keinem andern kommt der zarte, feine Geschmack so gut heraus, keiner ist so kräftig und sparsam. Den Jahren nach ist die Firma Zuntz schon alt, in ihren Leistungen aber ganz auf der Höhe der Zeit. Wenn Du das nächste Mal an einem der netten Zuntz-Läden vorbeigehst, nimm ein Viertelpfund frischen Zuntz-Kaffee mit, und Du wirst genau wissen, was guter Kaffee ist.

war von sozial Siebe bereit erfüllt, daß er es vorzog, alle fünf Ansprachen durch Schweigen zu ehren. . . . Womit er bewies, daß er vernünftiger ist, als ihm die Barben der allein festig machenden Faust einreden wollen.

Auto von einem Zug überfahren. Schuld des Autoführers.

Rußland, 1. März.

Auf einem unbewachten Ueberweg der Straße Rußland-Senftenberg der Bahnstrecke Rußland-Bauchhammer überfuhr am Freitag früh der Personenzug 2230 ein von Rußland kommendes, mit vier Personen besetztes Auto. Der Kraftwagen wurde etwa 300 Meter mitgeschleppt, wobei der Benzin-tank in Brand geriet. Der Besitzer des Wagens, ein Bäckermeister, der selbst steuerte, wurde getötet. Von den übrigen Mitfahrern wurden ein Arbeiter und seine Tochter schwer, ein Maurer leicht verletzt. Nach den Auslagen des einen Berunglückten trifft den Wagenführer die Schuld, da er, obwohl ihn die Unfallgefahr aufmerksam gemacht hätte, den Wagen nicht anhält.

90 Prozent bei Löwenberg verloren.

Das Banthaus Löwenberg, dessen alleiniger Inhaber Dr. Lewin bekanntlich nach früheren Wechselkündigungen flüchtig, hat insgesamt 680 000 Mark Vermögen bei 5 500 000 Mark Schulden, so daß eine Unterbilanz von 4 820 000 Mark vorhanden ist. Den armen Gläubigern kann man gratulieren. 90 Proz. sind verloren.

Ein Ehrenfilm für den Kinooperateur.

In der Städtischen Jugendfilmtheater in Nichtenberg am Mühlischplatz hat der Leiter, Stadtoberssekretär Griepke, für eine interessante Neugestaltung gesorgt, die in Berlin zur Stunde noch unbekannt ist. Er führt dort nach einem Manuskript von Dr. Edgar Wegß zu einem Bildungs- und Anschauungsfilm vor, der sich „Filmtechnisches Wunder und Wirklichkeit“ nennt und endlich einmal der schwierigen und äußerst komplizierten, oft sogar lebensgefährlichen Arbeit des Kinooperateurs ein wohlverdientes Lob- und Danklied singt. Der Film zerfällt in zwei Hauptteile. Der eine zeigt an vielen Beispielen das natürliche Aufnahmeverfahren, bei dem die Schwierigkeiten im Objekt liegen, und der andere Teil das künstliche Verfahren (Trick), bei dem die Schwierigkeiten beim Objekt auch noch die Schwierigkeiten bei der Filmaufnahme hinzukommen. Alles das, was den Laien in diesen Filmen übertrifft, fesselt, in Staunen oder in atemlose Spannung versetzt, sah man hier hübsch beisammen: Der Kurzbildmann folgt den Arbeitern auf die Lärme der Wolkenkratzer, er kriecht in die indischen Dschungeln und fängt Elefanten und Tiger für die Kamera ein, er belauscht die scheuen Waldtiere, er steigt in Taucherglocken und nimmt die Meerestiere auf, er vollführt waghalsige Turnereien in und auf dem Flugzeug. Dann entschleiern sich die Geheimnisse des Films: Ueber dem Potsdamer Platz läuft und fährt alles rückwärts, man sieht Zeitlupe- und Zeitrafferaufnahmen, man sieht die einzigartige Götze Reinitzer an der mühsamen Arbeit des Silhouettenfilm-schneidens, der neuauftommende Marionettenfilm wird gezeigt und schließlich an überraschenden Beispielen der amerikanischen Technicolorfilm und der ihn bereits überlegene deutsche Horstische Naturfarbentfilm. Das Muster eines Beispiels, aber spannend wie ein Sensationsfilm. Als Einleitung trug Herr Griepke eine sehr launige und humoristische Zusammenfassung der Titel der 94 im abgelaufenen Geschäftsjahr gezeigten Filme vor. Dieser Nichtenberger Jugend- und Volksfilmwert verdient hohe Anerkennung und fleißige Nachahmung.

„Rein einladendes Einladungsplakat.“

Vor einigen Tagen berichteten wir unter dieser Ueberschrift von einem Ball der Hauptgemeinschaft ausländischer Studierender in Berlin und dem Plakat, das von der Vereinigung ausgehängt wurde, ohne der verfassungsmäßigen deutschen Reichsflagge schwarzrotgold einen gebührenden Platz anzuweisen. Die Hauptgemeinschaft ausländischer Studierender Berlin stellt uns dazu mit, daß sie dem Plakatmaler, einem Herrn Frei, den Auftrag gegeben habe, die verfassungsmäßige deutsche Reichsflagge schwarzrotgold an der Spitze der Standarte zu bringen. Die Herren der Hauptgemeinschaft selbst waren, als sie nachher das Plakat zu sehen bekamen, sehr verwundert, nicht die verfassungsmäßige Reichsflagge zu sehen, sondern die ehemalige kaiserliche Flagge mit einer republikanischen Götze. Leider sei eine Aenderung wegen Zeitmangels nicht mehr möglich gewesen. Am Abend der Veranstaltung habe inmitten der Flaggen von 55 Staaten die verfassungsmäßige deutsche Reichsflagge schwarzrotgold ihren gebührenden Platz eingenommen.

Gern veröffentlichten wir aus dem Schreiben der Hauptgemeinschaft ausländischer Studierender diesen Satz: „Wir sind uns unserer Pflicht bewußt, als Gäste die verfassungsmäßige deutsche Reichsflagge zu ehren und bei jeder Gelegenheit ihr die gebührende Achtung zu zollen.“ Wir hatten bei unseren ausländischen Gästen nichts anderes angenommen.

Ueber Probleme der Außenpolitik spricht Redakteur Genosse Wolfgang Schwarz heute, Sonnabend, abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Zehlendorf, aus Anlaß einer Sonderveranstaltung des Zehlendorfer Reichsbanners zur Erinnerung an die vor fünf Jahren erfolgte Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

Kinderreiche Bau- u. Siedlungsgenossenschaft Am Sonntag, dem 3. März 1929, vormittags 9 Uhr Generalversammlung

Im Lokal „Dresdener Garten“, Berlin, Dresdener Str. 45.
Sämtliche parteienmäßigen Mitglieder sowie Sympathisierende beteiligen sich geschlossen an dieser Versammlung und unterstützen die von der P. riet eingereichten Anträge und Vorschläge. — Um 8 Uhr früh Zusammenkunft aller Parteigenossen im Lokal Kramer, Prinzenstraße 58, Ecke der Dresdener Straße.
Mitgliedsbuch legitimiert!

Parteinachrichten für Groß-Berlin Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Bezirksvorstand.

heute, Sonnabend, 2. März, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Preußischen Landtag (Fraktionsaal), Prinz-Wilhelm-Str. 5.

7. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, 2. März, von 17-18 Uhr, im Jugendheim Köpenicker Str. 4. Gelegenheits zum Rechtsauskunft!

heute, Sonnabend, 2. März.

121. WM. Nieberichshausen. 20 Uhr bei Klubb. Am Freizeitspiel, wichtige Funktionärssitzung.

Morgen, Sonntag, 3. März.

- 21. WM. 11 Uhr beteiligen sich sämtliche Mitglieder an der Republikanischen Morgenfeier im Mercedes-Palast, Uckerstr. 10.
- 22. WM. Bekämpfung des Krawallwesens Klagenberg. Treffpunkt früh 8 Uhr Seelische Kränzwandlung Platz.
- 23. WM. Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen an der Versammlung der 3. Abwehrstelle der Panfängerorganisation bei Riesen, Hallesche 12. Anfang 17 Uhr. Filmvortrag: „Mier Konsum.“ Zumbold. 20. Eintritt 20 Pf. — Abgang! Die Genossen bei 13. Bezirks treffen sich ab 10 Uhr bei Weidner, Dörfchenstr. 54, zur Besprechung.
- 24. WM. Die Genossinnen und Genossen, welche die Feuerwache in der Köpenicker Straße besichtigen wollen, treffen sich 10 Uhr vor der Wache.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgebung (Nachdr. verb.). Welt weiter, zeitweise etwas neblig, wenig veränderte Temperaturen. — Für Deutschland: Im Küstengebiet stärkere Bewölkung, im Binnenlande Fortdauer der bestehenden Witterung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Einladung für diese Rubrik nur an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Der Bewegungsdienst fällt heute aus. Nächste Übung Sonnabend, 2. März, pünktlich 18 Uhr, Danziger Str. 28.
Arbeitsgemeinschaft Arbeiterjugend: Die Notifizierung des Amerika-Vertrages findet nicht statt, sondern am 2. März, 19½ Uhr, im Heim Lindenstraße 281. Bitte mitkommen.

heute, Sonnabend, 19½ Uhr:

Bezirksrat: Schulz Wagnersstr. 128. Willkürreformkommission. — Schöneberg III: Funktionärssitzung beim Genossen Fobbe. — Wilmersdorf: Übungsabend. — Tempelhof: Vorstandssitzung im Heim Germaniastr. 4-6. Wichtiges Tagesordnung. Erklären oder Funktionäre umbelegte Plätze. — Wilmersdorf: Sonntag, gemeinsam mit Marienhof, Pöhlstr. Treffpunkt 7½ Uhr Pöhl, Tempelhof, Wilmersdorf. — Wilmersdorf: Besprechung der Wilmersdorfer Gruppe im Heim Danziger Str. 281. Jede Gruppe muß vertreten sein. — Wilmersdorf: Sonntag, gemeinsam mit Marienhof, Pöhlstr. Treffpunkt 7½ Uhr Pöhl, Tempelhof, Wilmersdorf. — Wilmersdorf: Sonntag, gemeinsam mit Marienhof, Pöhlstr. Treffpunkt 7½ Uhr Pöhl, Tempelhof, Wilmersdorf. — Wilmersdorf: Sonntag, gemeinsam mit Marienhof, Pöhlstr. Treffpunkt 7½ Uhr Pöhl, Tempelhof, Wilmersdorf.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seeböckstr. 37/38, Hof 2 Tr. — Sonntag, 3. März. Sanitätsabteilung: 19 Uhr Versammlung der Sanitätsabteilung, Potsdamer Str. 129. Alle Sanitätsabteilungen sind gebeten, mit ihren Angehörigen teilzunehmen. Eintritt frei. Treffpunkt 19 Uhr vor dem Eingang. — Wilmersdorf: Sonntag, 3. März. Besprechung der Wilmersdorfer Gruppe im Heim Danziger Str. 281. Jede Gruppe muß vertreten sein. — Wilmersdorf: Sonntag, 3. März. Besprechung der Wilmersdorfer Gruppe im Heim Danziger Str. 281. Jede Gruppe muß vertreten sein. — Wilmersdorf: Sonntag, 3. März. Besprechung der Wilmersdorfer Gruppe im Heim Danziger Str. 281. Jede Gruppe muß vertreten sein.

Was sagt der Bär?



Nach des Tages Arbeit

bei lustigen Weisen und frohen Liedern ziehen, wie ein wogendes Nebelmeer, über all den fröhlichen Menschen die blauen Wölkchen der guten

Josetti Juno

Berlins meistgerauchter 4-8 Cigarette

Funkwinkel.

Ein populäres Orchesterkonzert ist vielen Hörern eine erwünschte Abendveranstaltung. Und es ist zu begrüßen, daß man diesmal anderthalb Stunden einem solchen Konzert einräumt, das Bruno Seidler-Wintler mit dem Funkorchester gab. Aber — muß das Programm wirklich so farblos sein? Die Dreiteilung: Ouvertüre, Tänze, Märchen war eine sehr papierne Lösung, die den Hörern gar nichts geben konnte. Man kann Mozart, die musikalischen Romantiker, Johann Strauss z. B. in einem Programm vereinigen, man kann von Beethoven bis Wagner führen, es lassen sich Zusammenstellungen von klassischer und moderner Opern- oder Operettenmusik denken, es gibt überhaupt zahllose Möglichkeiten, ein gutes Programm aufzustellen. Beschäde entscheidet man sich immer wieder für ein ausdruckloses Liedchen? — Aus Fritz Traubners „Märchenbuch der Wahrheit“ las Karl Hagemann. Es verdient Dank, daß es dieses Werk des genialen Sprachbeherrschers der Vorgefahrenheit erachtete, das es anheimgefallen war. Die kurzen, klugen Epochen mit ihrer scharfen Menschlichkeit sind heute so aktuell wie je. — Ein Vortrag im Rahmen der Unfallverhütungswache brocht Dr. med. C. Rosbacher. Er plauderte mit seiner Tochter über „Unfälle in der Schule“. Viele der Unfallmöglichkeiten, die in der Schule lauern, wurden durch das naive Gespräch für Kinder verständlich aufgedeckt — und damit war der Zweck dieser Nachmittagsdarbietung erfüllt. Les.

Das Werk der Konsumvereine.

Ziel ist geschafft. / Noch mehr ist zu schaffen.

Im folgenden wollen wir über Ziffern sprechen, über Ziffern, die der Zentralverband Deutscher Konsumvereine jetzt veröffentlicht hat und aus denen die Arbeiterschaft lernen kann. Wir wollen davon sprechen, wie die deutschen Konsumvereine, das Instrument der Selbsthilfe recht eigentlich unserer Familienväter und Hausfrauen, sich seit der Inflation bis heute entwickelt haben und ob die Arbeiterschaft und insbesondere die Mitglieder der Konsumvereine selbst mit dieser Entwicklung zufrieden sein können.

Nach der Inflation waren die Konsumvereine ein Trümmerhaufen.

Im Jahre 1924, nach zehn Jahren Krieg und Inflation, waren die in der Vorkriegszeit mit sozialer Liebe und Hingabe aufgebauten proletarischen Konsumvereine in einer Weise verwaist, von der damals wahrscheinlich nur die Rächsbeteiligten eine deutliche Vorstellung hatten. Kein äußerlich, nach der Zahl der Genossenschaften und Mitglieder, waren die Konsumvereine ein Koloss. Die Zahl der Genossenschaften war seit 1914 von 1109 auf 1275 gestiegen.

| | 1914 | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|---------------------------|------|------|------|------|------|------------|
| Zahl der Genossenschaften | 1109 | 1275 | 1163 | 1110 | 1086 | 1025 |
| Zahl der Mitglieder | 1,72 | 3,44 | 3,36 | 3,20 | 2,93 | 2,90 Mill. |

Diese Zunahme war an sich nicht allzu groß. Die Zahl der Mitglieder aber hatte sich von 1,72 Millionen 3,44 Millionen erhöht! Das war mehr als eine Verdoppelung!

Über dieser Koloss war künstlich aufgebauert, innen war er hohl und stand auf tönernen Füßen; denn ein großer Teil der mühsamen Vorkriegsarbeit, ein sehr großer Teil des eigenen Vermögens war zerstört. Zwar waren von 1914 bis 1924 die Umsätze insgesamt noch von 493 Millionen auf 549 Millionen Mark gestiegen. Aber hinter dieser Steigerung stand entwertetes Geld, so daß die Umsätze in Wahrheit viel kleiner waren als in der Vorkriegszeit.

Was zerstört war, zeigen schon deutlicher die Umsätze je Mitglied. Sie waren von 287,03 M. auf 159,32 M. zurückgegangen. Rechnet man die Geldentwertung ab, so waren die Umsätze pro Mitglied auf fast ein Drittel gesunken!

In den Geschäftsguthaben liegt ein großer Teil jener Summen, die auf den Umsatz vergütet werden. Die Inflation hatte sie von 33,77 Millionen auf 15 Millionen zusammengeschnitten; auch nicht viel mehr als 10 Millionen, wenn man die Entwertung des Geldes berücksichtigt. Der Durchschnitt pro Mitglied war von 19,66 M. auf 4,35 M. gesunken!

Nicht viel besser stand es mit den Spareinlagen, in denen die Väter und Hausfrauen ihr Vertrauen zur Konsumbewegung am ernstesten zum Ausdruck bringen. Die vorläufigste Volkswirtschaftliche Inflation hatte nicht verhindern können, daß die Spareinlagen von 80,24 Millionen auf 49,48 Millionen, im Mitgliedsdurchschnitt von 46,72 M. auf 14,37 M. zusammengeschnitten. Dabei berücksichtigt man wieder die entsprechende Entwertung des Geldes. So sah es 1924 aus.

Der Aufbau 1924 bis 1928.

Die Arbeiterschaft hat an die Stelle des alten Spruches „Nur Not lehrt beten“ das Wort gesetzt „Not lehrt schaffen“. Fünf Aufbaujahre haben die deutschen Konsumvereine seit dem Ende der Inflation jetzt hinter sich. Freilich, der Mitgliederkoloss ist kleiner geworden. Hunderttausende von Mitarbeitern, die während des Krieges und der Inflation kostlos teilhaben wollten an dem, was andere geschaffen hatten, sind ausgeschieden worden; sie waren Papierkolonnen. Die Zahl der Mitglieder betrug Ende 1928 wohl nur 2,9 Millionen gegenüber 3,44 Millionen im Jahre 1924, sie ist aber um weit mehr als 1 Million größer als 1914! Auch die Zahl der Genossenschaften ist seit 1924 von 1275 auf 1025 zurückgegangen und ist heute sogar niedriger als 1914. Aber die heute geringere Anzahl der Genossenschaften ist ein eben solches Zeichen wachsender Kraft wie das Ausschneiden der Papierkolonnen; denn die weniger zahlreichen Genossenschaften verkaufen heute viel mehr und haben weniger Kosten.

| | 1914 | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|----------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------------|
| Umsätze d. Geschäfte | 493,0 | 548,7 | 702,5 | 811,4 | 982,2 | 1124,7 Mill. |
| Umsatz je Mitglied | 287,03 | 159,32 | 208,76 | 253,10 | 334,90 | 388,26 M. |

Das beweist am deutlichsten der für mich machende Umfang, in dem die Mitglieder selbst bei den Konsumvereinen kaufen. Seit 1924 ist der Umsatz der Konsumvereine von 549 Millionen auf rund 1125 Millionen gestiegen. Die erste Milliarde wurde stark überschritten, der Umsatz wurde in fünf Jahren erheblich mehr als verdoppelt. Auch wenn man die Entwertung des Geldes gegenüber 1914 einrechnet, bleibt gegenüber der Vorkriegszeit eine Besserung um mehr als 60 Proz.

Um mehr als eine halbe Million hat die Mitgliederzahl seit 1924 abgenommen. Sozialer Papierkolonnen mußten verschwinden.

Ein rebellisches Kartell.

50 000 Mark Ordnungsstrafe durch das Kartellgericht.

Zu den wenigen Bestimmungen der für die Wahrnehmung der Interessen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls leider ziemlich unfruchtbar gebliebenen und deshalb reformbedürftigen Verordnungen vom 2. November 1923, die eine praktische Bedeutung erlangen haben, gehört die Vorschrift des § 9, daß Sperren oder Nachteile von ähnlicher Bedeutung von einem Kartell nicht ohne Einwilligung des Vorsitzenden des Kartellgerichts verhängt werden dürfen.

Der Norddeutsche Zementverband hat kürzlich durch Entziehung des Händlerabatts eine derartige Sperrmaßnahme gegen eine Handelsfirma verhängt, weil sie sich der Verpflichtung, ausschließlich Verbandzement zu führen, entzogen hätte. Die betroffene Handelsfirma legte daraufhin Beschwerde ein. Der Reichswirtschaftsminister gab dem Zementverband auf, die Sachlage klarzustellen. Der Zementverband, der es unterlassen hätte, die vorherige Einwilligung des Vorsitzenden des Kartellgerichts einzuholen, unterließ es weiter, auf den Schritt des Reichswirtschaftsministers in irgendeiner Form zu reagieren. Daraufhin erhob der Reichswirtschaftsminister Klage beim Kartellgericht, und das Kartellgericht hat nun zunächst eine Geldstrafe von 50 000 Mark gegen den Norddeutschen Zementverband verhängt. Diese Strafe trifft den Verband wegen der Nichtbeachtung des § 9 der Kartellverordnung. Die sachliche Frage der Berechtigung der verhängten Sperre konnte noch nicht zur Entscheidung gelangen.

In diesem Falle liegt eine ganz offene Rebellion eines großen Kartells gegen die gesetzlichen Bestim-

Es zeigt sich aber, daß der Umsatz je Mitglied der Konsumvereine seit 1924 von 159,32 M. auf 388,26 M., also weit mehr als das Doppelte, gestiegen ist, und wenn man mit 1914 vergleicht, ist auch trotz der um 1,2 Millionen vermehrten Mitgliederzahl und unter Berücksichtigung des niedrigeren Geldwertes der damalige Umsatz pro Mitglied schon wieder erreicht! Das ist ein Zeichen dafür, daß die Erziehung der Arbeiterschaft zum Selbsthülfegeboten auch bei den neuen Mitglieder Millionen Erfolg gehabt hat.

| | 1914 | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|-------------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------------|
| Geschäftsguthaben | 33,37 | 15,00 | 26,13 | 35,18 | 44,43 | 53,08 Mill. |
| je Mitglied | 19,66 | 4,35 | 7,77 | 10,97 | 15,15 | 18,32 M. |
| in % d. Umsatzes | 6,85 | 2,73 | 3,72 | 4,34 | 4,52 | 4,72 % |

Auch die Geschäftsguthaben haben seit 1924 mächtig aufgeholt. Den 15 Millionen von damals stehen heute 53,08 Millionen Mark gegenüber. Das sind freilich nur die Früchte der größeren Einkäufe, aber die Mitglieder sehen, daß es sich wirklich lohnt, in den Konsumvereinen stärker zu kaufen. Gutmachen lassen sich die Inflationsverluste von 1914 bis 1924 bei den Geschäftsguthaben nicht leicht. Aber daß sie heute um 20 Millionen höher sind als damals, das ist ein Aufbau, der die Mitglieder der Vereine ehrt und ihnen zugleich nützt. Auf das einzelne Mitglied gerechnet, haben sich die Guthaben gegenüber 1924 mit 18,32 M. verdreifacht, und wenn gegenüber 1914 das Geschäftsguthaben je Mitglied auch trotz der Entwertung des Geldes noch etwas zurückbleibt, so erklärt sich das ohne weiteres aus der verhältnismäßig großen Zahl junger Konsummitglieder, die seit 1914 als treue Konsumsoldaten hinzugekommen sind.

Das Vertrauen als bestes Zeugnis und größter Ansporn.

Wem ist dieser Aufbau zu danken? Sicher in sehr großem Maße der Hingabe der Angestellten in den Vereinen und der kaufmännischen und organisatorischen Leistung der gebildeten Verbände und des Zentralverbandes sowie der Großkaufgesellschaft. Aber dieser Aufbau wäre nicht möglich gewesen ohne das gewaltige finanzielle Rückgrat, das das Vertrauen der Konsummitglieder selbst durch die den Vereinen und den Verbänden zur Verfügung gestellten Spareinlagen geschaffen hat. Gewiß haben die Mitglieder durch die Inflation auch an den Spareinlagen Verluste erleiden müssen; und das war in hohem Maße traurig. Aber niemand in Deutschland hat so anständig aufgewertet wie die Konsumvereine.

Seit 1924 hat das Vertrauen der Mitglieder den Genossenschaften und Verbänden mit 297,49 Millionen weit mehr als eine Viertelmilliarde Mark an Arbeitskapital zur Verfügung gestellt, und seit 1924 hat sich die Summe dieser Spareinlagen mehr als verdreifacht. Selbst wenn man die Entwertung gegenüber der Vorkriegszeit ins Auge faßt, sind die Spareinlagen heute fast verdreifacht.

| | 1914 | 1924 | 1925 | 1926 | 1927 | 1928 |
|------------------|-------|-------|-------|--------|--------|--------------|
| Spareinlagen | 80,24 | 49,48 | 82,70 | 138,06 | 207,46 | 297,49 Mill. |
| je Mitglied | 46,72 | 14,37 | 24,58 | 43,06 | 70,75 | 102,70 M. |
| in % d. Umsatzes | 16,28 | 9,02 | 11,77 | 17,01 | 21,12 | 26,45 % |

Je Mitglied haben sich die Spareinlagen seit 1924 von 14,37 M. auf 102,70 M. erhöht, eine Summe, die mehr als doppelt so hoch ist als in der Vorkriegszeit. Wie gewaltig dieses Vertrauen der Mitglieder die Arbeitsfähigkeit der Verantwortlichen in den Konsumvereinen erhöhen muß, einfach weil mehr Geld zum Arbeiten da war, zeigt die Tatsache, daß das Verhältnis der Spareinlagen zum Umsatz in fünf Jahren von 9,02 auf 26,45 Proz. gestiegen ist. Erst durch dieses Vertrauen sind jene gewaltigen Leistungen auch in der eigenen Produktion der GEG. möglich gewesen, von denen wir in der Vergangenheit schon so oft gesprochen haben.

Lernen und lehren!

Was die Arbeiterschaft aus diesen Ziffern und aus dieser Entwicklung lernen soll, was die Konsumvereinsmitglieder hinaustragen sollen ist die noch nicht erfassten Teile der Arbeiterschaft, das ist die Erkenntnis, daß es sich lohnt, Mitglied der Konsumvereine zu sein. Die Reizen der Arbeiterschaft können nur durch eigene Kraft zerbrochen werden. Diese Erkenntnis hat die Arbeiterschaft groß gemacht. Diese Reizen werden für jeden einzelnen am fühlbarsten, für jede Hausfrau und jeden Vater am sichtbarsten zerbrochen durch die Selbsthilfe, die die Konsumvereine darstellten.

Man kann heute sagen: die furchtbaren Bunden, die die Inflation auch den Konsumgenossenschaften geschlagen hat, sind gebrochen und überwunden. Der Gedanke der Selbsthilfe in den Konsumvereinen war nicht, aber noch immer ist eine Welt zu erobern. Ein Instrument zu dieser Eroberung soll das Verständnis der Ziffern sein, denen wir hier Leben zu geben versucht haben.

mungen vor. Das bewußte Nichtbeachten des Gesetzes ist noch unterstrichen worden durch die Tatsache, daß man auf das Einschreiten des Reichswirtschaftsministers überhaupt nicht reagiert hat. Es ist zu begrüßen, daß das Kartellgericht ohne Prüfung der sachlichen Streitfrage zunächst einmal zur Wahrung der Autorität des Gesetzes eine Ordnungsstrafe verhängt hat.

An Anbetracht des provokatorischen Verhaltens dieses bedeutenden Zementverbandes erscheint allerdings die Geldstrafe von 50 000 M. noch als recht gelinde. Auf Grund des § 17 der erwähnten Verordnung ist das Höchstmaß der als Ordnungsstrafen zu verhängenden Geldstrafen unbeschränkt. Um den Mitgliedern des Zementverbandes das unverantwortliche Verhalten ihrer Verbandsleitung sühler zu machen, wäre es wohl richtiger gewesen, die Geldstrafe erheblich höher zu bemessen, als es geschehen ist.

Immerhin aber wollen wir hoffen, daß dieser Ordnungsruf gegen ein rebellisches Kartell dazu beitragen wird, die Lust, sich über das Gesetz hinwegzusetzen, innerhalb der Verbände zu unterdrücken, insbesondere dann, wenn sie sich bewußt werden, daß das Kartellgericht keineswegs daran gebunden ist, bei einem so billigen Tarif für provokatorische Gesetzesverletzungen stehen zu bleiben.

Kupfergewinne. / Sozialer Druck.

Der Mansfeldkonzern hat als größtes deutsches Metallunternehmen von dem ständigen Heraufstreben des Kupferpreises seit August v. J. zweifellos sehr großen Profit gezogen. Trotzdem haben die verantwortlichen Vertreter dieser Gesellschaft den Schiedspruch vom 17. Januar d. J. mit seiner sehr geringen vierprozentigen Lohnerhöhung für wirtschaftlich untrag-

bar erklärt, um die Belegschaften mit der Heraussetzung der Löhne bis zum März hinauszubalten.

Jetzt sind die ersten Abschlußziffern von Mansfeld für 1928 bekannt geworden, aus denen große Konjunkturgewinne dieses Konzerns ersichtlich werden. Der Gesamttrag stieg gegen das schon gute Vorjahr von 12,6 auf 13,3 Millionen Mark, während die Aufkosten von 6,2 auf 6,1 Millionen Mark zurückgingen. Der Reingewinn, von dem wieder 7 Proz. Dividende gezahlt werden, entspricht mit 2,8 Millionen Mark dem des letzten Jahres, da die Mehrerträge in die Abschreibungen auf die Werksanlagen floßen, die um 700 000 M. auf 4,3 Millionen Mark heraufgesetzt wurden. Wir kommen nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes auf den Abschluß der Gesellschaft noch zurück.

Kommt das Weltrohrentartell?

England und besonders die Vereinigten Staaten haben bisher wenig oder gar kein Interesse an der internationalen Eisenkartellierung gezeigt. Auch dem internationalen Rohrentartell waren bisher nur die kontinentalen Rohrentzeuger, also Deutschland, Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei und Ungarn beigetreten, während die beiden angelsächsischen Länder bisher Außenstehende waren. Um so bemerkenswerter war es, daß im Dezember vorigen Jahres zunächst ein vorläufiges Abkommen über Exportpreise zwischen dem Kartell und den Engländern sowie Amerikanern zustande kam, das bis Ende Februar lief.

Jetzt haben in Düsseldorf, dem Sitz des Deutschen Rohrentkartells, die Verhandlungen eingesetzt, die den gänzlichen Anschluß Americas und Englands an das Kartell zum Ziele haben. Der Abschluß des Vertrages soll als gesichert gelten. Damit wäre ein Weltrohrentartell geschaffen, das ein lückenloses Monopol auf allen Märkten besitzt.

Bleiproduzenten wollen kartellieren.

1 1/2 Duzend Preissteigerungen für Kupfer.

Das Beispiel der Kupferproduzenten, die sich zur Erhöhung der Preise zusammengeschlossen haben, hat in der ganzen Metallrohstoffwirtschaft Schule gemacht. Nachdem sich im Frühjahr vergangenen Jahres die europäischen Produzenten zusammengesetzt haben, wollen jetzt auch die Bleierzeuger ein Kartell gründen, um Absatz, Preis und Erzeugung gemeinschaftlich zu kontrollieren. Im Herbst vergangenen Jahres hat man in London zum ersten Male in der Bleiwirtschaft internationale Fühlung genommen. Die Engländer wollten im Interesse ihres notleidenden Bleierzbergbaus in Australien im März eine neue Konferenz nach London einberufen, auf der über „Stabilisierung“ des Preises und über eine ständige Kontrolle der Produktion gesprochen werden soll. Auch die Amerikaner sollen zu diesen Besprechungen kommen.

Die Preise für Blei haben sich im Laufe der letzten Jahre fast ständig infolge der stark ausgebauten Produktion senkt, und die Hüttenindustrie in Spanien und Australien wurde angeblüht wegen der zu geringen Preise notleidend. In Spanien mußte der Staat eingreifen und mit seiner Hilfe wurde dann ein sogenanntes Zwangskartell gegründet. Im vergangenen Jahre und besonders in den ersten Monaten des laufenden Jahres haben sich die Verhältnisse etwas gebessert. Die Weltproduktion, die im Jahre 1927 mit 1 682 Millionen Tonnen ihren höchsten Stand hatte, ist durch Produktionsbeschränkungen im Jahre 1928 auf 1 640 Millionen Tonnen gesunken. In Erwartung von Kartellabschlüssen wird zuerst an den Bleimärkten von den Händlern stark spekuliert gekauft.

Auch an den Kupfermärkten war in den letzten Wochen sehr viel zu tun, und die amerikanischen Hüttengesellschaften können immer wieder Rekordprofite verbuchen. Die Nevada-Kupfer-Kompanie gehört zu den bedeutendsten Unternehmungen der Vereinigten Staaten. Sie berichtet kürzlich, daß sie ein amerikanisches Pfund Kupfer — etwa 354 Gramm — zum Preise von 7,88 Cents herstellen kann, während sie in der Lage ist, dieselbe Menge jetzt nach der neuesten Preissteigerung mit 18,75 Cents abzugeben. Das sind geradezu phantastische Gewinne, die dem Kupferkartell zu danken sind. Die nachstehende Tabelle zeigt, wie teuer jetzt Kupfer geworden ist.

| | Es kosteten 100 Kilo am 15. Jan. | 28. Jan. | 22. Febr. | 28. Febr. 1929 |
|------------------|----------------------------------|----------|-----------|----------------|
| Elektrolytkupfer | 150,25 | 161,50 | 171,— | 180,25 M. |
| Blei | 45,— | 44,75 | 47,50 | 47,50 „ |
| Zinn | 53,— | 53,75 | 52,— | 52,— „ |
| Zink | 450,— | 450,— | 454,— | 454,— „ |

Während Blei und Kupfer seit 15. Januar im Preise gestiegen sind, ist Zinn billiger geworden, obwohl die Mitglieder des europäischen Kartells die Einschränkung der Produktion, die im Januar 7 Proz. betrug, auf 10 Proz. für Februar erhöhte hatten. Hier wirkt sich die ausgedehnte Produktion auf die Preisbildung aus. Die Weltproduktion betrug 1927 ungefähr 1 322 Millionen Tonnen und 1928 schätzungsweise 1 420 Millionen Tonnen. Der Verbrauch hat sich nicht annähernd im Verhältnis zur vergrößerten Erzeugung entwickelt.

Kohlspreise erhöht.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlenkartell hat die Preise für Kohle und Steinkohle „infolge der großen Nachfrage“ um 3 bis 7 Proz. ab 1. März erhöht. Befragt wird dazu, daß die Erhöhung sich im Rahmen festliegender Beschlüsse der Kohlenwirtschaftsorgane halte.

Konkurse im Februar. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamts wurden im Monat Februar 1929 durch den „Reichsanzeiger“ 775 neue Konkurse, ohne die wegen Wassermangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung, und 335 gelöste Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 832 bzw. 259.

Wie der Frost den Güterverkehr der Reichsbahn droffelte. Die letzten Mitteilungen der Reichsbahn über den Güterverkehr im Monat Februar zeigen mit aller Deutlichkeit die außerordentlich großen Wirkungen, die der scharfe Frost auf den Güterverkehr hatte. In der Woche vom 10.—16. Februar, der Woche der allerfältesten Tage, ist die arbeitsfähige Wagengestellung der Reichsbahn von 128 400 auf 117 200 Wagen zurückgegangen, nachdem sich bis dahin die Wagengestellung, wenn auch unter der Frostwirkung nicht erhöht, so doch auf ungefähr gleicher Höhe wie im Januar gehalten hatte.

Neue Pfandbriefe für Wohnungsbau. Die Preussische Landespfandbriefanstalt in Berlin, die satzungsgemäß Vorleben zur Herstellung und Erhaltung von Klein- und Mittelwohnungen gemährt, legt laut Veröffentlichung im heutigen Anzeigenteil in der Zeit vom 5. bis 25. März dieses Jahres 3 Millionen Goldmark 3prozentige Goldmark-Pfandbriefe zum Zinssfuß von 97,50 Proz., 1 Million Goldmark 3prozentige Goldmark-Pfandbriefe, ferner 1 Million Goldmark 3prozentige Goldmark-Kommunal-Obligationen zur öffentlichen Zeichnung auf. Sämtliche Werte sind reichsmündelich.

Verfassungsdebatte im Reichstag.

Genosse Landsberg gegen die Volkspartei. — Auseinandersetzung Volkspartei — Zentrum.

Im Reichstag wollte am Freitagmorgen der Abgeordnete Stoeker (Komm.) vor der Tagesordnung eine Erklärung abgeben, die Präsident Lohs jedoch nicht zuließ, da sie unerlaubterweise die Maßnahme des Präsidenten vom Donnerstag kritisierte. Die Beschwerde der Abg. Lorgier und Stoeker gegen ihre Ausweisung aus der Donnerstagstagung wird auf die nächste Tagesordnung gelegt.

Abg. Aufhäuser (Soz.) berichtet eingehend über Beratungen des Sozialen Ausschusses. Dieser beantragt einen Gesetzentwurf, wonach Änderungen am Angestelltenversicherungs-Gesetz in folgender Weise vorgenommen werden sollen:

§ 53: Die Wartezeit dauert 60 Beitragsmonate. Sind weniger als 30 Beitragsmonate aus Grund der Berufspflicht nachgewiesen, so beträgt die Wartezeit 90 Beitragsmonate.

§ 59: Als berufsuntfähig gilt auch, wer das 60 Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos ist.

Das Ruhegeld wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt.

Besteht ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung (versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, Krisenunterstützung oder Sonderunterstützung bei berufsüblicher Arbeitslosigkeit), so beginnt das Ruhegeld frühestens mit dem Wegfall dieses Anspruchs.

Das Ruhegeld fällt mit dem Ablauf des Monats weg, in dem der Empfänger in eine inoffizielle oder angestelltenversicherungs-pflichtige Beschäftigung eintritt.

Für die Anwendung der Absätze 1 und 4 bleibt eine Beschäftigung, die über eine gelegentliche Zuschüsse nicht hinausgeht, außer Betracht.

Die Vorschrift des Abs. 1 tritt mit Jahresbeginn 1933 außer Kraft. Ein bis dahin festgesetztes Ruhegeld wird von dieser Terminbestimmung nicht betroffen.

Dieses Gesetz tritt sofort in Kraft.

Abg. Cambach (Dnat.) beantragt die Ausschussvorlage, die die Art der älteren Angestellten ändern könne.

Abg. Frau Krauß (Komm.) erhebt Beschwerden gegen die Sozialdemokratische Partei, daß sie Verschleppung getrieben hätte.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Ich kann verstehen, daß Frau Krauß darüber bestürzt ist, daß aus den kommunistischen Anträgen kein Weg zu finden war, wie man den arbeitslosen älteren Angestellten sofort helfen könnte. (Andererseits Zustimmung des Abg. Lorgier.)

Warum sind Sie denn nicht in den Unterausschuß gekommen, Sie Interpellationsredner? (Abg. Lorgier: Ich hatte keine Zeit!) Hätten wir so lange gewartet, bis Sie Zeit haben, so hätte der Unterausschuß überhaupt nicht gelagt!

Die Kommunistische Partei konnte einen Weg zur Hilfe nicht zeigen, die Sozialdemokratie ist zusammen mit anderen Parteien den richtigen Weg gegangen, und die Kommunistische Partei ist schließlich mitgegangen. Warum wollen Sie ablosch den älteren Angestellten diesen Fortschritt mißgönnen, den Sie selbst für nötig halten?

Ein Vorwurf gegen uns geht dahin, daß wir die Altersgrenze nicht herabgesetzt haben, aber diese grundsätzliche Frage konnte nur im Zusammenhang mit der Neuregelung der Zuwahl- und der Altersversicherung entschieden werden, nicht jedoch jetzt im Unterausschuß gelöst werden, der sich nur mit der Arbeitslosigkeit zu beschäftigen hatte. Man muß sich auch klar sein, daß die Herabsetzung der Altersgrenze mit der Beitragsfrage zusammenhängt. (Zurufe der Kommunisten.)

Wir haben den Mut, den Versicherten zu sagen, daß die Kosten für einen Ausbau der Versicherung auch aufgebracht werden müssen.

Die Deutsche Volkspartei hat sich seinerzeit gegen eine Erhöhung der Unternehmerbeiträge erklärt, die Kommunisten gegen eine Erhöhung der Versicherungsbeiträge und an diesen beiden Parteien ist die Aufforderung der Lohnklassen gescheitert. Überlegen Sie sich, ob Sie nicht entzogen der Antündigung der Frau Krauß auch für den zweiten Teil der Vorlagen stimmen sollen, um wenigstens eine Annäherung an den Charakter einer Arbeiterpartei zu versuchen. (Beifall bei den Sozialdemokraten. — Murren bei den Kommunisten.)

Damit schließt die Befragung. Nach weiterer Debatte wird die Ausschussvorlage unter Ablehnung kommunistischer und deutsch-nationaler Anträge angenommen und verabschiedet. Darauf wird die erste

Beratung des volksparteilichen Verfassungsantrags fortgesetzt.

Abg. Graef (Thüringen (Dnat.)): Von dieser Beratung können wir uns nicht die Rettung aus dem gegenwärtigen Verfassungschaos verschaffen. Die Weimarer Verfassung wird der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Kräfteverteilung nicht gerecht. Das Parlament hat zuviel Macht. Die Minister dürfen nicht so abhängig von den Fraktionen sein. Um der Regierung angenehme Bestimmungen zu vermeiden, werden fragwürdige Mittel der Geschäftsbearbeitung angewendet. Noch schlimmer als im Reich wirkt der Parlamentarismus in den Ländern. Der volksparteiliche Antrag ist ein Versuch mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten. Wir wollen die Stellung des Reichspräsidenten stärken. Der Faschismus in Italien hat — das sage ich dem Zentrum — genau die richtige Frage gelöst. Ein großer Mann steht dort an der Spitze. Bei uns fehlt es an Führern, aber wir hoffen auf eine Volksbewegung, die wie eine Bombe ausbricht und aus der der Führer hervorgeht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Landsberg (Soz.):

Bei der Kritik des Vorredners an der Reichsverfassung begreife ich nicht, wie die Regierungserklärung vom 3. Dezember 1927, die auch im Namen der Deutschnationalen abgegeben war, den festen Willen der Reichsregierung betonen konnte, für den Staat die Achtung und die Ehre der Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihren Organen und ihren Rechtsakten mit aller Kraft einzusetzen. (Hört, hört! links.) Wir haben in Deutschland eine Wahlbeteiligung von 80 Proz., wodurch das große politische Interesse unter dieser Verfassung erwiesen ist. Unter dem Dreiklassenwahlrecht aber betrug die Wahlbeteiligung lange Zeit 10 Proz., und erst als die Sozialdemokraten sich beteiligten, ist sie auf ganze 29,7 Proz. gestiegen! Wenn Herr Graef von einem Erfolg am Parlament gesprochen hat, so trifft uns dieser vor allem aus der Wahlbeteiligung unter dem Dreiklassenwahlrecht entgegen. (Beif. Zustimmung bei den Soz.)

Wo die Deutschnationalen regieren, haben sie gegen das parlamentarische System nichts einzuwenden.

Herr Brodt wirft der Verfassung vor, daß sie in den zehn Jahren nichts Wesentliches geschaffen habe. Hat man vergessen, wie es nach vier Jahren bei uns war, wie das ganze deutsche Volk in einem unheilbaren Nausch verfallen schien. Und wie ist es heute? Haben die Deutschnationalen Ende 1918, soweit sie in Deutschland geblieben waren (Heiterkeit), die Rückkehr zu den alten Zuständen gefordert? Nein, sie forderten die Rationalisierung, und damit Demokratie und Parlamentarismus. Schon daß die Weimarer Verfassung besteht und daß unter ihr geordnete Zustände geschaffen worden sind, spricht für die Verfassung. Die Republik ist so geliebt, daß sie selbst die leidenschaftlichsten Angriffe von links und rechts mit gutmütiger Milde sich gefallen lassen kann. Als Heisterich im Weltkrieg sich für den unbeschränkten U-Bootkrieg hatte gewinnen lassen, sagte er im Haushaltsausschuß: „Selen wir uns klar, wenn diese Karte nicht sticht, sind wir für 100 Jahre verloren.“ Jetzt nach dem Ablauf der zehn Jahre macht es nicht den Eindruck, als ob wir verloren wären. Tüchtige Kräfte sind im deutschen Volk am Werke, die auswärts streben, der Optimismus ist wieder eingelehrt. Sie legen, daß Sie Anhänger des konstitutionellen Systems seien, aber daß man dazu vielleicht ein Uebergangsstadium brauche, wie es die Arbeiter, die Polen und andere — so sagte Herr Graef — zivilisierten Nationen haben (Heiterkeit — Zuruf rechts: Und was sagt Dr. Wirth?) Wirth und ich brauchen doch nicht eine Meinung zu sein, das ist ja das schöne in der Demokratie; im alten Preußen war es nicht so, da galt nur die Meinung der herrschenden Partei. (Sehr gut! links.) Uebrigens würde

das italienische Volk in freier Abstimmung sicher mit übermächtigender Mehrheit die Rückkehr zur Demokratie verlangen, und ebenso sicher würden alle demokratischen Länder mit gemäßigter Mehrheit den Uebergang zum Faschismus ablehnen.

Die gesetzgeberische Leistung des neuen Strafgesetzbuches mit seinem Einführungsgesetz, mit der vollständigen Umgestaltung des Strafprozesses und mit dem Straf Vollzugs-Gesetz ist doch nicht zu unterschätzen. Die Verfassung selbst kann sich als Gesetzwerk wohl sehen lassen. Sie nehmen sie doch sehr gern für sich in Anspruch! Der Reichspräsident hat heute schon große Macht; wenn er eine Verantwortlichkeit ist, schon dadurch. Außerdem kann er gegen ein vom Reichstag beschlossenes Gesetz an das Volk appellieren, er ernennt und entläßt die Minister, und

Sie, Herr Graef, haben ja selbst erfahren, wie der Reichspräsident dieses Recht ausübt.

(Große Heiterkeit, wohl Hindenburg f. St. den ihm vorgelegenen Graef nicht zum Minister ernannt hat.) Wenn Sie noch mehr Rechte für den Reichspräsidenten fordern, so zeigen Sie eine geradezu raunenvermeßende Selbstverleugung. (Heiterkeit.) Es ist natürlich ein Unterschied, ob der Minister die Erlaubnis für sein Amt auf dem Ständesamt erwirbt, oder auf dem — Verstandesamt. (Heiterkeit.) Die

Lobeshymne Graefs auf Mussolini werden die Deutschen Südtirols mit größter Bitterkeit vernehmen,

die von Mussolini mit unerhörtem Druck verfolgt werden. (Beif. Zustimmung links, Gegenrufe rechts.)

Für den volksparteilichen Antrag sind wir nicht zu haben. Die „Königliche Zeitung“ hat auseinandergesetzt, daß dieser Antrag verurteilt worden ist durch die vom Stahel im angeklagte Verfassungsinitiative. (Widerpruch bei der Volkspartei.) Bine, legen Sie sich mit der „Königlichen Zeitung“ auseinander. Es würde mich freuen, wenn es nicht richtig wäre, eine so große Ehre für den Stahel, wenn auf seine Anregung hin Verfassungsänderungen beantragt würden. Der Stahel braucht ja eine solche Anerkennung gar nicht.

Zu der Selbst-Biographie „Unser Frau“

wird u. a. erzählt, daß die große Bedeutung des Stahelheimführers schon im Alter von fünf Jahren hervorgetreten ist, als er einem neuen Kindermädchen sagte: „Wenn Sie mit uns ausgehen, müssen Sie über Ihren Hut aufpassen.“ Und der Ton, in dem er das sagte, habe jeden Widerspruch ausgeschlossen. (Witzende Heiterkeit.) Das Kindermädchen mußte nicht, sagt die Biographie weiter. Es gibt nichts Gefährlicheres für ein Land, als wenn ganze Volksklassen vom politischen Einfluß ausgeschlossen sind. Und was war es für ein jüngerlicher Zustand, daß der frühere nationalliberale Führer Dr. Baeremann bei jeder Reichstagswahl einen anderen Wahlkreis suchte, während heute der Notwendigkeit, die Parteiführer im Reichstag zu haben, Rechnung getragen ist. Herr Japsi beklagt den Einfluß wirtschaftlicher Gruppen. Ich verstehe, daß der Eindruck der Wirtschaftspartei in Ihre Reihen Sie mit banger Sorge erfüllt und dieser Siegeszug dürfte nicht verlangsamt werden, wenn erst die Geschichte der letzten Wochen mit dem

Verhalten der Volkspartei zur Regierungsbildung

publiziert wird. (Sehr gut!) Der Einfluß des Bundes der Landwirte, des Bundes der Industriellen, der Bauern- und Wirtschaftspartei war unter dem früheren Wahlrecht ungleich größer. Herr Brodt bedauert, daß die Minister von den breiten Wählermassen abhängig seien; früher waren sie abhängig von einer einzigen Partei. Magte ein Minister, gegen den konservativen Stahel zu stehen, so waren seine Tage gezählt.

Indem Sie die Minister vom Vertrauen des Reichstags unabhängig machen wollen, streben Sie nach dem Monopol, die Minister auf anderem Wege zu stützen.

(Sehr gut! links!) Herr Japsi sagt, der Reichstag sei nicht populär. Aber wir sind doch nicht hier, um uns populär zu machen, sondern um unbedürftig um Gunst oder Ungunst unserer Wähler zum Wohl des Volkes zu bemühen. Wenn ein Reichstag, wie dieser, ein großes Defizit deden und höhere Zwangsausgaben bestreiten, daher neue Steuern einführen muß, hat er es freilich schwer, sich populär zu machen.

Das parlamentarische System ist nicht durch die Revolution geschaffen worden, sondern im Herbst 1918, als die damaligen Beherrscher des Reiches erkannten, daß sie das Vertrauen verloren und als sie das Bedürfnis hatten, die Verantwortung auf andere Schultern abzuwälzen.

Die deutsche Demokratie hat denn auch den Mut gehabt, die Verantwortung in der schlimmsten Zeit zu übernehmen. Erinnern Sie sich doch, wie der Reichstag bis zur Revolution gehandelt wurde. Wenn die Bismarckstube da draußen mit dem Rücken gegen den Reichstag gestellt ist, so ist mir das immer als eine symbolische Handlung erschienen. Der ganze Reichstag wußte nichts von der Größe der Katastrophe an der Warne, und als der Zusammenbruch offenbar wurde, brach der konservative Führer Dr. v. Heydenbrand mit den Worten zusammen: „Man hat uns vier Jahre hindurch systematisch belogen und betrogen.“ Ist solche Einflußlosigkeit des Reichstages ein wieder anzustrebendes Ziel? Gewiß ist es nicht wünschenswert, daß Minister gefürzt werden,

beson sie sich noch einarbeiten konnten; zwar stadt deshalb nicht die Befehlsgewalt, aber die höhere Bureaucratie wird allmächtig. Weil wir das nicht wollen, wünschen wir stabile und klare Verhältnisse, aber nicht durch Sicherung der Regierung gegen Berufsunfälle, sondern durch Schaffung klarer Mehrheiten.

Der Antrag der Volkspartei will auf gesetzlichem Weg erreichen, was auf diesem Weg nicht zu erreichen ist. Wir alle empfinden es als Unlust, daß fast am Schluß jeder unserer Debatten ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung eingebracht wird, wodurch die Einbringer offenbar das Bestehen des von ihnen behaupteten parlamentarischen Kretinismus beweisen wollen. Aber diese Anträge sind unschädlich und erfordern nicht ein Sondergesetz. Regierung und Reichstag sind gewissermaßen gleichberechtigt, durch die Ermächtigung des volksparteilichen Antrages würde der Einbruch erzwungen werden, als wäre die Regierung dem Reichstag übergeordnet. Dabei würde die Autorität der Regierung nicht einmal gestärkt, denn eine Reichstagsmehrheit könnte ihr alle Vorlagen ablehnen; was würde es ihr helfen, gegen ein Mißtrauensvotum geschützt zu sein! Im Kriege hat die Rechte immer mit Reid auf die führenden Staatsmänner Englands und Frankreichs geachtet, aber deren Bedeutung beruhte auf ihrem Zusammenarbeiten mit ihrer Parliamentsmehrheit! Die Folge des volksparteilichen Antrages wäre, daß

die Opposition Schiedsrichter, zwischen Regierung und Reichstag würde. Ein verantwortungsbewusstes Parlament wird so wie so nicht Ausgaben ins Haus, ohne Einigung mit der Regierung und ohne Bedung beschließen.

Wir brauchen nicht an zu viel Demokratie in der Weimarer Verfassung, sondern wir brauchen an zu wenig Demokratie in gewissen Parteien. Nicht Maßnahmen brauchen wir zur Befestigung der Minderheiten, sondern Männer von Verantwortungsgesühl und Pflichtbewußtsein. (Beif. anhaltender Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Bell (Z.): Vor allem brauchen wir eine stabile Regierung und die Mithilfe der Volkspartei wäre wertvoller für das parlamentarische System, als ihre Anträge. Das Zentrum will das parlamentarische System verhehlen, hält aber an seinen Grundgedanken und am Substrat fest. Das Bestehen des Weimarer Verfassungswerts war eine Großtat der deutschen Geschichte.

Das parlamentarische System ist 1918 auf dringendes Verlangen der Obersten Exekutive eingeführt worden.

Eine Diktatur wäre das Ende eines freien und entwicklungs-fähigen Deutschland. Nicht einen starken Mann brauchen wir, sondern eine starke Regierung und ein hartes Parlament. Gegen verantwortungslöse Ausgabenwirtschaft hilft am besten eine starke koalitionsmäßig gebundene Regierung mit einem interfraktionellen Ausschuss.

Abg. Mastomski (Komm.): Der Parlamentarismus hat abgewirtschaftet. Das Proletariat wird den Reichstag auseinanderlegen und die Rätseldiktatur errichten.

Abg. Dr. Haas (Dnm.) wendet in der Hauptfrage über die Regierungskrise: Wenn Stresemann und Curtius in der Regierung lagen, dann ist die Volkspartei doch freilich daran ge-tunden; gäbe sie das nur zu, so hätten wir die Große Koalition

Das Volk ist erbittert über diese ergebnislosen Verhandlungen und unzulässigen Methoden.

Die Regierung muß mit ihrem Programm vor dem Reichstag treten und seine Entscheidung fordern. Neue Steuern kann unsere Wirtschaft nicht tragen, aber im Interesse des Vaterlandes darf man nicht unerlässliche Bedingungen stellen. Das Vaterland über die Partei.

Abg. Dr. Pfeiler (Bauer. Sp.): Die Forderung der Annahme von Mißtrauensanträgen ist durch die Geschichte der Republik nicht als notwendig nachgewiesen. Einschränkung der Ausgabenvermehrung erscheint geboten. Im Ausschuss werden wir sehen, ob auf dem Wege dieses Antrages eine Besserung möglich ist.

Abg. Dr. Göbbels (Nat.-Soz.): Unseren Vertrauensantrag für dieses „Kochtopf der Köpfe“ (Zuruf rechts: Wasserköpfe!) hat man verschwinden lassen, grundsätzliche Debatten hat man hier nicht gewagt. Einer dieser Wasserköpfe ist schon abgeschwommen, der des Herrn v. Guérard, der 800 M. jährlich Pension bekommt.

Abg. Dobrich (Chr.-Nat. Bauernp.): Die Weimarer Verfassung hat dem Volk nicht die Macht gegeben, sondern dem Kapital und seiner Presse. Der deutsche Bauer ist der Leidtragende. Wenn man die Diktatur vermeiden will, muß das Volk die Möglichkeit erhalten, in einer neuen Rationalisierungsversammlung sich eine bessere Verfassung zu geben.

Zentrum gegen Volkspartei.

Abg. Dr. Japsi (Ddp.) (Schlußwort): Mit dem Vorschlag der Krisenmacherei wird man uns in keine Koalition hineindrücken. Auch die Wirtschaftspartei erhebt diesen Vorwurf, sie aber drückt sich immer und hoßt, aus einer Koalitionsbewegung unserer Partei Vorteil zu ziehen. Wir erstreben lediglich vollberechtigte Forderungen der Wirtschaft, daß neue Steuern unterbleiben und endlich Sparmaßstäbe getroffen wird. Das wollen wir energig durchsetzen. (Abg. Dr. Wirth (Z.) bemerkt, daß dies im Sinne der Volkspartei (Kommunisten) gesprochen sei.) Sie waren ja nicht in unserer Fraktionsführung. (Zuruf vom Zentrum: Das wäre ganz gut gewesen.) Bewußt, daß hätte er was lernen können. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Wirth (Z.): Wenn Minister Stresemann nicht wählte, daß eine Mehrheit hinter ihm steht, dürfte er heute nicht noch Genossen haben. Wenn aber ein solches Programm der Volkspartei verkündet wurde, so müßte die Volkspartei sofort hier selbst stehen, ob sie dann an der jetzigen Regierung noch teilnehmen kann.

Abg. Dr. Japsi (Ddp.): An unserem Vertrauensantrag Stresemann wird Dr. Wirth nichts ändern.

Abg. Dr. Wirth (Z.): Der Etat ist mit Zustimmung Ihrer Minister aufgestellt. Ihr Programm charakterisiert diesen Etat!

Abg. Dr. Japsi (Ddp.): Der Etat ist aber auch mit Zustimmung Ihres Ministers aufgestellt, der inzwischen zurückgezogen ist. (Anderwärtige Zurufe und Bewegung.)

Der volksparteiliche Antrag geht an den Rechtsausschuß. Ein deutsch-nationaler Antrag auf Ueberweisung an einen besonderen Verfassungsausschuß von 28 Mitgliedern, weil der Rechtsausschuß überlastet ist, wird nach lebhafter Geschäftsordnungsdebatte abgelehnt.

Abg. Trid (Nat.-Soz.) beantragt, heute, Sonnabend, eine Sitzung abzuhalten, um mit der Regierung über das belgisch-französisch-englische Militärabkommen reden zu können.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) wünscht kostige Aussprache hierüber. Die Regierung hätte selbst die Initiative dazu ergreifen müssen. Da der Außenminister bereits unterwegs nach Genf sei, könne man nicht Sonnabend darüber verhandeln.

Der Antrag Trid wird abgelehnt. — Mittwoch, 13. März, 3 Uhr: Nachtragssitzung 1928, Etat 1929, Beschwerde Stoeker-Lorgier. Schluß 3 1/2 Uhr.

Der Magistratspraktikant

Der Magistratspraktikant war ein junger unerfahrener Mensch, der nicht wußte, daß auf dem Magistrat für Menschen seines Schlages lauernde Gefahren lauern und daß es eines festen Charakters bedarf, wenn sich ein Praktikant nicht in irgendeine Korruptionsaffäre mit seinen Vorgesetzten oder ohne sie verwickeln soll.

Der Magistratspraktikant Boduro wußte nicht, daß auch die Hydra Kompton lauert, um die zarten Seelen der Magistratsbeamten zu verführen, wie sie bereits die grauen Haare vieler Stadtratsmitglieder verfrachten hatte.

Keine von den großen Korruptionsaffären auf dem Rathaus, die die öffentliche Meinung in Aufruhr gebracht haben, läßt sich auch nur im entferntesten mit der Affäre des Praktikanten Boduro vergleichen.

Der heute korruptierte Boduro treibt sich als Judas irgendwo in der Welt herum, denn er hat die reine Fahne des Rathauses abgeworfen in Sumpf und Schmutz geworfen. Ja, sogar bestecht.

Um also in diese Geschichte einzudringen, müssen wir in dieser abschließlichen Affäre mit der Kleinseite beginnen.

Auf der Kleinseite, in dem Bierlokal altertümlicher Gäßchen, befindet sich das Gasthaus des Herrn Schödlitz.

Herr Schödlitz war einer von den alten, gutmütigen Menschen, die der Gesundheitsvorschriften des Magistrats nicht achteten und vielleicht ganze Jahrzehnte lang die Ventilationsröhren im Pilsbirn saßen.

Die Gäste beschwerten sich niemals, denn das Bier war gut und im Pilsbirn war es ununterbrochen fließend.

Dieses, in der Korruptionsaffäre des Praktikanten Boduro eine Rolle spielende Pilsbirn, hatte kein Fenster, das in den Lichtofen geführt hätte, hatte keine Deckung, die wenigstens ein wenig vom Licht Gottes in das Innere des traurigen, feuchten Raumes eingelassen hätte, um den dunklen Ort sicherer und heiterer zu machen.

Diesem aber, die herkommen, um Bier zu trinken, waren ganz zufrieden. Die konfessionelle Kleinseite in ihrer heimlichen Ersticktheit protestierte nicht dagegen.

Aber es kam schließlich eine Zeit, in der das Tempo des modernen Lebens auch das Pilsbirn des Herrn Schödlitz ergriff.

Eine Baukommission stellte zwei fürchterliche Dinge fest. Die in das Pilsbirn mündenden Ventilationsröhren, — was sofort der Gesundheitskommission übergeben wurde — und das unbedeutende Pilsbirn, ohne eine an die Luft führende Deckung.

Und so geschah es, daß der Magistratspraktikant Boduro als Schriftführer der Baukommission die Baukommission Herrn Schödlitz machte. Mit einem vernünftigen Blick verfolgte er alle Bewegungen des Bieres, der Komposition und fest behauptete, daß die ganze glänzende Kommission nach nicht auf der Welt gewesen sei, als man hier bereits keine Notwendigkeit mehr hatte und daß es auch gegangen sei. Darauf müsse man nicht sehen, wenn nur ein Blick vorhanden sei, das genüge vollkommen. Eine Tür sei da und das sei doch eine genügend große Deckung, um die Luft hereinzulassen.

„Möchten Sie sich“, sagte man ihm, „damit Sie sich nicht auch nach einer Beamteneinweisung zuwenden können lassen.“ Schödlitz Sie denn, daß es ein Sonntag ist, nun einem Pilsbirn zum anderen zu gehen?

Dann wurde ihm angeordnet, daß er die Mauer durchbrechen und im Pilsbirn ein Fenster machen wolle, zumal es sich aber um eine Veränderung eines dem Gastgewerbe angehörenden Raumes handle, müsse er Pläne und ein Gezeichnet einreichen, um die Veränderung nachprüfen zu dürfen.

Das geschah am Vormittag. Am Nachmittag kam die Gesundheitskommission. Die ordnete an, die Röhren durch die Deckung, die gemacht werden sollte, in den Lichtofen zu führen. Er war davon halb verrückt. Die Mauer muß durchdrungen werden, das halbe man ihm angeordnet. Und den Plan muß er vorlegen und um Bewilligung einreichen, damit er die Mauer durchbrechen und die Ventilationsröhren aus Gesundheitsrücksichten in den Lichtofen führen darf, wofür die Fenster sämtlicher Kiosette im Haus münden.

Er schloß die ganze Nacht nicht und ging früh zu einem Maurermeister, um sich von ihm einen Plan für das Fenster entwerfen und durch Vermittlung eines Berufschriftstellers ein Gezeichnet überreichen zu lassen, auf Grund dessen die das Pilsbirn betreffenden Pläne in kürzester Frist vom hohen Magistrat genehmigt und die Durchbrechung der Mauer zwecks Anbringung eines Fensters gestattet wurde, wofür er sich durch stilles Betragen im Äußerer erkennen lassen wollte.

Es verließen drei Wochen und die Erladung des Besuchs kam nicht. Gastwirt Schödlitz besah sich also zum Magistrat, um die Angelegenheit zu erledigen. Am Baureferat traf er nur den Magistratspraktikanten Boduro an, denn die anderen befanden sich bereits seit neun Uhr im gegenüberliegenden Bierhaus beim Frühstück. Jetzt war es gerade zwölf Uhr.

„Was möchten Sie?“, fragte Praktikant Boduro würdevoll. „Ich komme wegen meines Pilsbirns, junger Herr, Schödlitz Pilsbirn auf der Kleinseite, Sie erinnern sich doch.“

„Ja, ich erinnere mich“, sagte Boduro lehrhaft, „ich denke, ich erinnere mich, und was wollen Sie eigentlich?“

„Wissen Sie, es dauert schon drei Wochen, und es würde nicht schaden, die Sache zu beschleunigen. Meine Gäste freuen sich sehr schon die kleine Kinder auf das Fenster, bei uns geschieht nämlich nie etwas, und das ist ein Ereignis.“

Boduro begann sich, daß das Gezeichnet bereits längst erledigt sei und in der Schublade liege. Es warte nur noch abgezeichnet werden. Aber der Chef hatte ihm gesagt: „Schicken Sie es noch nicht, soll so ein Gastwirt warten. Der Magistrat muß diese Sache selbst am Fingergelb halten.“

Er schweig eine Zeitlang und dann sagte er ernst: „Nun, wir werden sehen, was sich machen läßt.“

Etwa eine Woche nach diesem Besuch ging Boduro über den Franzosen-Quai. Er hatte dort nämlich Rendezvous mit einem Freundin. Das sehr froh war, einen Herrn vom Magistrat zu kennen.

Es war ein schöner Nachmittag, warm und heiter. Boduro blieb bei dem Zitronenlimonade stehen, ließ sich ein Glas Himbeer- und ein Glas Zitronenlimonade einschenken und schritt, seines Mädchens, dem er bald begegnen mußte, sehnsüchtig gedenkend, wieder weiter.

Der Herbst am Horizont, der Laurberg in Grün gehüllt, über die Apstanien auf den Schülgenstein. Über mitten in all der Schönheit befanden ihn Bauchschmerzen. Boduro hatte, bevor er von Hause fortgegangen war, ein Glas Johannisbeere-Rationalisier der geschlagenen Bulgaren, getrunken, die Himbeer- und Zitronenlimonade vollendeten den unerschütterlichen Trost im Babynisch der Dämme des Magistratsbeamten.

Gegenüber dem Herbst am Horizont befindet sich im Park ein kleines Häuschen. Vom Quai aus kann man die Aufschrift „Für Herren“, vom Kinderplatz in den Park aus distanter die „Für Damen“ lesen.

Wie ein Löwe, wie ein durstiger, stürzte Boduro nach innen. „Erste oder zweite?“ — „Zweite“, sagte Boduro beschleunigt aber schnell. Die Witte schaute ihn an und sagte: „Ich kenne Sie von irgendwo, junger Herr,“ und rief einen Zettel vom Tisch, Boduro griff ins Portemonnaie und schrie entsetzt: „Das ist nicht möglich. Ich dachte, daß ich einen Sechser habe.“

Die Witte schaute ihn nach einem Augenblick an und sagte dann langsam, die entsetzliche Situation Boduras auf die Spitze treibend, „Wissen Sie, woher ich Sie kenne? Von meinem Bruder Schödlitz, Gastwirt auf der Kleinseite. Ich war damals zu Hause, wie Sie mit der Kommission wegen des Pilsbirns bei uns waren. Nehmen Sie sich nur eine Karte, wir werden keinen Schaden an Ihnen haben.“

Boduro sprang in das kleine Separee und als er sich glücklich und fröhlich entfernte, rief die Witte ihm nach: „Und vergessen Sie nicht, junger Herr, meinem Bruder die Erladung des Besuchs zu schicken.“

Boduro schickte gleich am folgenden Tag, ohne den Chef erst zu fragen, das ersehnte Gezeichnet und die Pläne, die bereits seit fünf

Wir suchen in der schönen Welt Bilder aus Malaga

Das Schiff: Der „Lampo“, der „Blig“, roter Sportkutter aus Stadt Triest.

Personen: fünf. Drei Männer. Zwei Mädchen. Rani, Bartolo und Biandino, mit Zunamen: Barhopunia, der Spitzbart. Doch nicht nur! Und dann die beiden Mädchen, die Bordstücker, zwei Seebräutchen, eingekauft ins Silber der Sterne. Lucia, schwarzer Subtopf, Augen — Feuer, brauner Teint, Blut — wild, Herz — wie Sonne, sonst: Bertoleros in den Magazinen Generali in Triest. Nun auf Urlaub. Ebenso Margrete, aber blond ist sie, rosa wie eine Damaszenerrose, Augen — wenn ihr eigenes Interesse in Frage kommt, Lippen: königlicher Purpur, sonst: Lippenadel auf der Triestinerischen Seeoffizierskammer.

Der Hund: Abaturca, wachsam, istranischer Jottespitz, lieb und treu. Abaturca, der Bordhund.

Ort: Malaga Stadt, an der irländischen Bucht.

Zeit: Sommerlicher Winter.

Wahrheit und Dichtung — zu gleichen Teilen gemischt — und mit Phantasie verbrämt.

Stimmung: Wir suchen in der schönen bunten Welt — Sozialismus!

Da wären wir nun alle von Tunis her glücklich herüber gelagert — nach Spanien — wir sind in Malaga. Unser „Lampo“ liegt im Puerto interior, an der Pier, am Mast die rotleuchtende Wellenflagge — Sozialisten auf Reisen!

Rings um Malaga die Montes, die Berge, die Sonne liegt drauf — sind die Berge Gold? Der Monte El Torcal, 2100 Meter hoch, dröben steht Junger Sonne — und schwingt ein schneeweißes Wellenfähnchen. Jahe!

Malaga holen. Heute wird nicht gearbeitet: Sonntag! Aber da wehen Flaggen von überallher, Schiffsflaggen von Britanien, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Dänemark, Nalio, Griechenland, Schweden und Belgien. Sind alles Appositionsschiffe — und Weinschiffe — und Dampfschiffe (Düwens) — und Rosinenschiffe — und Handelschiffe — denkt mal: Lübecker Marzipan!

Wir schlendern so am Hafen dahin, in den Beimgedanten ist Ruß und Lanz — Kinder folgen sich um einige Kupfermünzen — und der alte Bettler dort hat ein Anflug wie ein Marquis: so stolz und so dumm!

Hier sind wir bei der Industrie, hier wären wir zu Hause — Broteten bei Broteten — Eisengießereien, Zuckerraffinerien, Baumwollspinnereien — schöne Carments, wo seid ihr? Die Fabriken haben heute keine Roste — Sonntag, Sonntag, Sonntag!

Nun hinein in Malaga Altstadt — wieder, Lucia: Dio santo, wie winkelig. Die Häuser stützen sich über die Schluße der Straße hin gegenseitig auf die Säulen. Häuser — mit schwarzvermörtelten Säulchen und mit Hufeisenfenstern — ganz afrikanisch — arabisch — alle Fenster fest vergittert — nun wegen dem feurigen Blut der Malagatöchter — Bitter vor die Fenster, doch ein klein Liebhaber an den Kirichen und Erdbeeren malsch. Greißel laßt — uns geht auch keiner dran — wir schämen uns durch die Dolden der Augen. Bartolo lockert: Greißel: Stich mich durchs Herz, daß meines Herzens Flamme dich umlodere!

Malaga: Malaguetto: Bolks-Malaga — einst wohnten in diesem Gastgewerbe die maurischen Grandi, wohl alles verfallen — aber der Glanz der Maurenzeit bricht noch durch das Dgnd der Babuburberia. Dort, schau hin — wach prächtiger Patio, der Hof — ein Brunnenbecken: halb gerastert, ohne Wasser, bekrönt liegt darin — statt Tauben: Epochen — statt arabischer Heronsdamen: laute, lustige Mädchen, mit Anflügen wie Drangen, so rund und so strahlend — Mädchen, singt mall. Und sie singen, und sie tanzen — alter Volkstanz, zur Gitarre, El Rondango — und Männer kommen — und Frauen — holt mal Wein her, schenkt ein: brauner Bernsteinwein — a Salud, Gelundheit — hol, unter Blut wird hügig. Lohst uns andere doch auch mal tanzen — Lucia und Greißel nehmen sich von spanischen Bräuten — Rani und Bartolo nehmen die blühenden Drangen in den Arm, die spanischen Volkstänzer — und dann si-to-tanze: si-to-singe: Kastagnetten geben den Rhythmus — und Barhopunia steht oben am Brunnen — er pöbt mit seiner Seemannspfeife den Dirigenten ab. Si-to-tanze! Malaga! Malaguetto — deutsche Sportfestler unterm Volk. Hai, das ist kein, stiel, das ist Lustig. Was macht der Abaturca an Bord, unter fünf Hündchen? Da kommt ein fliegender Wurfhündchen — zwei Würstchen, Hundemurks für unser Hündchen an Bord, für den treuen lieben Wächter. Abaturca, Abaturca!

So, nun haben wir Mittag gegessen. Am Camadrinus. In der deutschen Bierstube. Es gab Gulash und Poporon, Federgrün und ein Birnmojenker Schußschmiedchen. Sonst war alles ziemlich still — es fehlte das spanische Feuer. Und die Gäste des Camadrinus lobten voller Entzücken auf unsere Mädchen, auf die Lucia und die Greißel — was sind denn das für freie, lachende, überprüfende Gemüter?

Wochen genehmigt waren, an Herrn Schödlitz und atmete erleichtert auf. Jeden Morgen vor 9 Uhr hielt sich Magistratsrat Stangel in jenem kleinen Häuschen auf dem Franzosen-Quai auf, wo Magistratspraktikant Boduro fürchterliches Verbrechen begangen hatte. Dort plauderte der Herr Rat mit der Witte, um sich zu informieren, was die Deffenlichkeit von der Stadtoberverwaltung denke, denn die Witte aus dem öffentlichen Kiosett war für ihn die Stimme des Volkes. Das war nun mal sein Stedenplatz.

„Ja, Guter Gnaden, die Korruption erregt auch schon die Kleinisten“, erzählte die Witte, „ja, diese Herren vom Rathaus, wenn man ihnen erlaubt, sich umsonst auszu... gehen sie der Partei gleich an die Hand, so wie meinem Bruder...“

Und sie erzählte dem Herrn Rat die ganze abcheuliche Korruptionsaffäre des Magistratspraktikanten Boduro mit allen Einzelheiten.

Heute sitzt bereits auf Boduras Platz ein anderer Praktikant, Boduro wurde nach Beendigung der Disziplinarmusterprüfung, während welcher ihm in der Angelegenheit des Gastwirts Schödlitz Bestrafung nachgewiesen wurde, entlassen.

Er treibt sich heute wie Judas in Europa herum und zulegt hat man ihn in Hamburg verdächtig in das schwarze Wasser des Kanals hängen gesehen.

Jemand hat eines seiner Selbstgespräche belauscht: „Wenn ich wenigstens ein Monnament für das ganze Jahr bekommen hätte... Ja ja, die kleinen Diebe hängt man...“ Jaroslan Hasel

(Bezeichnete Übertragung aus dem Tschschischen von Oech Reime.)

Rote Dirnshilde, braun von Sonne und Wind, am Herzen die Fackel, in Gold: Wellenstich des Sozialismus!

Schon wieder auf der Straße. Die Hauptstraße hin — die Calle del Marques de Santos. Sonntag — Geschäfte alle zu — aber ein Geschäft geht doch: Strohkubben verkaufen frantösische Lotterielosel. Rudchos, Jungen — geht mal so'n Los her — da, nimm da's, Lucia, stich du das Los ein. — Und wann wir gewinnen? — Nur keine Aufregung, wir gewinnen nichts — aus Spaß achte ich — wir haben ja viel Glück in der Liebe, da verlagst dann die Lotteriefortuna ihre Gunst. — Was weggehorst Geld? — No, ja: zum Sonntag, behalt's mir, Lucia, das Los!

Stadtbahn. Einsteigen. Hin zur Plaza de Toros. Zur Arena. Wir sind schon da. Sonntag — Stierkampf, 14000 Zuschauer zittern vor Klubstuhl: Hiet den Stier! Spanien begehrt Selbstmord — es tötet in sich sein Besseres. Das Tier hat Seele wie der Mensch — wenn auch keine Menschenseele, sondern Tierseele. Wer Liebe zur Arena tötet — der ist toh! Malaga — heinere Stierkampf mögen wir nicht. Fort aus der Arena. Hin auf die freien Berge — dröben weht Liebesluft, die Stalbit der Arena ist Nachtluft!

Wir sind dröben — am Gibraltar, am alten arabischen Burgberg. Drunten — weiß und grau — die Stadt Malaga, groß wie Kaffel: 170000 Bewohner. Das blaue Irismeer, dröben das blutige Afrika — wer aber machte Afrika blauen? Melilla? Ceuta? Ce-Rif? Europas höhere Kultur schlägt dem „dunklen“ Erdteil böse, nicht heißen wollende Bündel.

Am Berge Gibraltar. Die Ruinen der Alcazaba, des alten Maurenpalastes. Ruinen — ja: aber winterlicher Frühling um die Trümmer alter arabischer Festhallen — Alcazaba: Burg, Schloß, einstens: Kolonien über Malaga. Der Duft hier blühen Magnolien, und Rosen duften — und die Sonne läßt Goldstaube auf uns fallen — Bachmädeln, hallet eure roten Sonnenköpfe auf! Wer kommt hier, ein humpelnder Greis, wie alt? Ist er wirklich 1000 Jahre alt? Ja. Und der Greis — oder ist er der Geist der alten Krabergzeit — der erzählt: Ueber diesem Ranke haben wir geberrschet vom Jahre 711 bis ins Jahr 1487. Wir waren das Glück dieses Landes — Malaga erblühte unter arabischer Kultur wie eine duftende Magnolie. Ferdinand und Isabella aber, Kastiliens und Portugals gemütschwaches Königsgeschlecht — die zerstörten unsere arabische Kultur — unterm Christentum malte Malaga dahin, eine Blüde ohne Wasser. Er sticht hinweg, der greise Sprecher — wo ist er? Er war der Geist der maurischen Zeit. Aber Malaga hat sich nun hoch wieder erholt — wieder blüht es: in Waffen — es lebe die Diktatur: Primo de Rivera ist Spaniens Stier! Wann kommt er in die politische Arena?

Nach drei Tagen. Bei uns an Bord des roten „Bliges“ ist große Aufregung. Wir verladen viel Proviant. Neue Seemannsmenue. Karten vom atlantischen Ozean. Ein Häfchen braunen Malagawein. Lucia und Greißel verkaufen in der Kombüse — Kastorenhühchen, viele Hundert. Abaturca, unser Hündchen, springt und tanzt und bellt — er ist an Bord, er ist unter Bord — alles ist toll, alle sind wie aus dem Häuschen und Schiffschen. Im Schiffschen dröh und hoch aus dem Schiffschen — uns schien die Worte — alles überstürzt sich — Dio santo, so'n Glück aber auch, che fortuna! Was ist denn los? Wir haben gewonnen — in der Kombüse — das Los der Lucia kam raus — 100000 Pesetas — wir haben das gleich umgewechselt — in der Waagschale des schaven Sofas stachen 70 schwere Goldrollen — eine Rolle gab Proviant — 4000 Pfund Sterling in Gold — denkt euch — und nun machen wir ne Wellenreise — in vier Stunden fliegen wir das Grockel — auf nach Malaga, der „Lampo“ erzieht die Welt — wir kommen noch lange nicht nach Hause — von Malaga aus schreiben wir euch mal wieder. Freiheit und glückliches Leben auch ohne Leben in der Heimat! Die See sei unsere Mutter — Mutter, wir fliegen in deine Arme: Madelral Malaga! Ray-Dorta.

Der gefrierende Bodensee

Aus Anlaß der bedauerlichen Katastrophe, die sich auf dem Bodensee ereignet hat, erzählt man, daß dieses gewaltige Wasserbecken auch in strengen Wintern nicht ganz zufriert, sondern nur in einzelnen Teilen. Der See läßt sich nur allmählich ab, und erst wenn er aufhört zu „rauchen“, erkennt man, daß das Wasser am Gefrieren ist. Der Bodensee stellt nämlich ein gewaltiges Wärme-Reservoir dar, bis in der Zeit vom Spätherbst bis Ende Februar große Kältemengen abgibt, hat man doch berechnet, daß der Bodensee vom Oktober bis Februar 160 Millionen Kalorien abgibt, was der Wärme von 23 Millionen Tonnen Kohle gleichkommen würde. Darum läßt der See zu den sommerlichen und winterwarmen Gemässern, dessen klimatische Lage als mild zu bezeichnen ist.

